

noch weitere Referate. Damit Sie aber Ihre Frage festhalten können, über das nachdenken können, was wir jetzt gehört haben, nun Musik von Vivaldi aus den „Jahreszeiten“.

(Musik, Musik, Musik. . .)

Wir hören nun den nächsten Referenten. Ich bitte Herrn Professor Konrad Löw von der Universität in Bayreuth ums Wort. Sein Thema lautet: **„War der SED-Staat marxistisch“?**

Prof. Dr. Konrad Löw:

I. Einige begriffliche und persönliche Vorbemerkungen

SED-Staat meint die sogenannte Deutsche Demokratische Republik in den Jahren 1949 bis zur Wende.

„Marxistisch“ wird im folgenden für Theorien und Maximen gebraucht, die auf Karl Marx und, wie er selbst sagt, sein alter ego, Friedrich Engels, zurückgehen. Was sich sonst als marxistisch ausgibt oder angesprochen wird, kann schon aus zeitlichen Gründen nicht berücksichtigt werden. Verwiesen sei auf das dreibändige Werk „Die Hauptströmungen des Marxismus“, Verfasser der polnische Philosoph Leszek Kolakowski.

Im Wintersemester 1967/68, also vor genau 25 Jahren, begann ich an der Hochschule für Politik, München, mit Vorlesungen über das politische System der DDR. Dem gingen Lehrveranstaltungen über die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland voraus. Für letztere war ich durch meine juristische Ausbildung, insbesondere meinen öffentlich-rechtlichen Schwerpunkt, gut vorbereitet. Die Darstellung der politischen Gegebenheiten stellte mich vor eine neue, für den bundesdeutschen Juristen atypische Aufgabe.

1968 trat in der DDR eine Verfassung in Kraft, die schon auf den ersten Blick erkennen ließ, daß sie eine ideologische Basis hatte, eine Verfassung, die sich ausdrücklich zum Marxismus-Leninismus bekannte. Daher wurde die Auseinandersetzung mit dieser Ideologie zur Voraussetzung einer sachgerechten Interpretation. In der gebotenen Eile bediente ich mich der einschlägigen Taschenbücher. Dazu zählten insbesondere „Sowjetideologie heute“ Bd. 1, verfaßt von Gustav Wetter, Bd. 2, von Wolfgang Leonhard. Diesen Autoren verdanke ich sehr viel, wenngleich ich in manchen, keineswegs unwichtigen Punkten die damals gewonnene Sicht aufgrund des späteren Quellenstudiums korrigieren mußte.

Die wichtigsten Merkmale des SED-Staates waren: 1. Diktatur; 2. führende Rolle einer Partei; 3. Gewaltmonopol; 4. Terror; 5. Leugnung der Menschenwürde als vorrangigem Verfassungswert, 6. Leugnung der Menschenrechte; 7. keine Grundrechte im traditionellen Sinne; 8. Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln; 9. der große Plan.

Haben Marx und Engels diese Themen angesprochen und, falls ja, wie?

Um nicht bloß Schlagworte zu servieren, beschränkt sich der Hauptteil auf das erste Stichwort, doch kommen in diesem Zusammenhang auch die meisten anderen Charakteristika des SED-Staates zur Sprache. Die gesonderte Abhandlung aller Punkte bleibt der schriftlichen Expertise vorbehalten.

II. Die „Diktatur des Proletariats“ als Herrschaft der von der Geschichte Berufenen

Die DDR nannte, anders als die Sowjetunion, ihre „sozialistische Demokratie“ bis zur Wende eine Diktatur, eine „Diktatur des Proletariats“. Daß eine Diktatur keinen Pluralismus, keine politische Opposition dulde, sei doch wohl selbstverständlich. Aber es sei kein Geringerer als Marx gewesen, der die „Diktatur des Proletariats“ als unausweislich vorausgesagt habe.

Berief sich Lenin, berief sich die DDR bei der Propagierung ihrer Diktatur zu Recht auf Marx? Das wird sowohl von Vertretern des demokratischen Sozialismus wie auch von Bürgerlichen entschieden bestritten, so von Karl Kautsky, Otto Bauer, Max Adler, Leszek Kolakowski, Wolfgang Leonhard, Hermann Weber, Werner Maihofer und Günther Wagenlehner.³

Welche der beiden Positionen ist wissenschaftlich fundierter? Darauf gibt es eine klare, wenngleich wenig erfreuliche Antwort: die DDR/SED-amtliche!

1. Das verbale Bekenntnis zur Diktatur

In der umfangreichen literarischen Hinterlassenschaft von Marx und Engels wird die Wortkombination „Diktatur des Proletariats“ nicht häufig benützt. Im Kommunistischen Manifest, 1848, ist nur von „despotischen Eingriffen in das Eigentumsrecht“ die Rede.⁴ Im Jahre 1850 begegnet uns „Diktatur der Arbeiterklasse“.⁵

Ziemlich zeitgleich unterzeichnen Marx und Engels ein Dokument mit der Überschrift: „Weltgesellschaft der revolutionären Kommunisten“, in dessen Art. 1 von „Diktatur der Proletarier“ die Rede ist: „Das Ziel der Assoziation ist der Sturz aller privilegierten Klassen, ihre Unterwerfung unter die Diktatur der Proletarier, in welcher die Revolution im Permanenz erhalten wird bis zur Verwirklichung des Kommunismus, der die letzte Organisationsform der menschlichen Familie sein wird.“⁶

Wenig später heißt es: „Die Klassendiktatur des Proletariats“ sei ein „notwendiger Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt.“⁷

In einem sehr aufschlußreichen Brief schreibt Marx 1852: „Was ich tat war 1. nachzuweisen..., daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats

3 Siehe Konrad Löw „Die Lehre des Karl Marx – Dokumentation – Kritik 2. Aufl. Köln 1989 S. 244 ff.

4 MEW (Karl Marx/Friedrich Engels „Werke“ Berlin (Ost) 1956 ff.) 4,481.

5 MEW 7,33.

6 MEW 7, 553.

7 MEW 7, 89.

führt;... 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet.“⁸)

Zwanzig Jahre lang wird dann der Ausdruck in schriftlichen Äußerungen offenbar nicht mehr verwendet. Aber, wie Leonhard⁹, daraus zu schließen, Marx und Engels hätten den Begriff während dieser Zeit nicht verwendet, ist nicht möglich.

„The World“ druckte am 15. Oktober 1871 die Aufzeichnungen eines Korrespondenten über Marxens Rede anlässlich der Feiern zum 7. Jahrestag der Internationalen Arbeiterassoziation am 25. September 1871 in London. Darin heißt es: „... Aber bevor eine solche Änderung vollzogen werden könnte, sei eine Diktatur des Proletariats notwendig...“¹⁰

Auch eine Äußerung Engels' aus dem Jahre 1872 läßt auf den häufigen Gebrauch von „Diktatur des Proletariats“ durch Marx schließen. Denn er behauptet: „Ebenso haben die sogenannten Blanquisten... die Anschauung des deutschen wissenschaftlichen Sozialismus von der Notwendigkeit der politischen Aktion des Proletariats und seiner Diktatur als Übergang zur Abschaffung der Klassen und, mit ihnen, des Staates – wie solche bereits im 'Kommunistischen Manifest' und seitdem unzählige Male ausgesprochen worden“,¹¹ proklamiert. In einem Brief vom 4. September 1872 schreibt Eugène Vermersch: „Im Abstand von einer halben Stunde gab er [Marx] dann auch die beiden folgenden charakteristischen Sätze von sich, von denen man glauben möchte, daß sie für sein politisches Vorgehen bezeichnend sind: 'Die proletarische Diktatur ist ein notwendiges historisches Durchgangsstadium der Geschichte!...“¹²) 1874 verteidigt Engels die Diktatur des Proletariats gegen Blanquis „Diktatur eines oder einiger weniger.“¹³

1875 ist es dann Marx, der mit größter Selbstverständlichkeit den Gedanken erneut ausspricht. „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, in der der Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“¹⁴

2. Demokratische Diktatur?

Nur Kautsky und Leonhard geben eine nähere, auf Marx- und Engelszitate fußende Begründung, warum sie mit einem entschiedenen Ja antworten.

Kautsky: „Daß dieser Ausdruck (Diktatur des Proletariats) keineswegs die Verwerfung der Demokratie, noch auch den Anspruch auf die absolute Macht

8 MEW 28, 508.

9 Wolfgang Leonhard „Sowjetideologie“ II, Frankfurt 1965 S. 159.

10 MEW 17, 433.

11 MEW 18, 266; Nur 2 Seiten später nochmals.

12 Nach Mangus Enzensberger „Gespräche mit Marx und Engels“ Frankfurt 1973 S. 413.

13 MEW 18, 529.

14 MEW 19, 28.

im Staate bedeuten sollte, geht schon allein aus der Tatsache klar hervor, daß Marx in eben demselben Schreiben 'die demokratische Republik' als die Regierungsform bezeichnete, in deren Rahmen der Klassenkampf definitiv auszufechten ist."¹⁵

Im Zusammenhang gelesen ist die von Kautsky zitierte Stelle – wie nahezu jeder Satz der Marxschen „Kritik des Gothaer Programms“ – eine heftige Schelte der Verfasser des „verwerflichen und die Partei demoralisierenden Programms“ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, das nichts taue.¹⁶

Die Stelle lautet: „Selbst die vulgäre Demokratie, die in der demokratischen Republik das Tausendjährige Reich sieht und keine Ahnung davon hat, daß gerade in dieser letzten Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft der Klassenkampf definitiv auszufechten ist – selbst sie steht noch berghoch über solcher Art Demokratentum innerhalb der Grenzen des polizeilich Erlaubten und logisch Unerlaubten.“¹⁷

Das ist kein Bekenntnis zur bürgerlichen Demokratie, eher ihr vorweggenommener Grabgesang. Die demokratische Republik ist für Marx die letzte Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft. Die sozialistische Gesellschaft während der Diktatur des Proletariats ist der bürgerlichen Gesellschaft wesensfremd, und entsprechend offenbar das demokratische Element. Kautsky zitiert noch eine weitere Stelle, die aber nur zum Ausdruck bringt, daß Marx kein Anbeter eines starken, viele Generationen überdauernden Staates gewesen ist.¹⁸ Ob für die Übergangszeit eine despotische Diktatur notwendig sei, kann daraus nicht beantwortet werden.

Wertvoll im Sinne Kautskys ist meines Erachtens nur jenes seiner Zitate, wonach, wie Engels sich ausdrückt, unsere Partei unter der Form der demokratischen Republik zur Herrschaft kommen kann, was „die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats“ sei. Eindeutig sind auch diese Worte nicht. Der Schwerpunkt liegt auf Republik. Für ihn ist es „undenkbar, daß unsere besten Leute unter einem Kaiser Minister werden sollten.“¹⁹

Noch weit wichtiger aber scheint mir folgender Gesichtspunkt: Die Äußerung datiert aus dem Jahre 1891, wurde also acht Jahre nach Marxens Tod gemacht. Nun ist es unbestreitbar, daß Engels den toten Marx an mehreren wichtigen Stellen korrigiert hat. Engels' geistiges Testament, wenige Monate vor seinem Tode verfaßt, besteht weitestgehend in Selbstkritik an früher gemeinsam vertretenen Ansichten. Da heißt es mehrmals, wörtlich fast übereinstimmend: „Die Geschichte hat uns und allen, die ähnlich dachten, Unrecht gegeben.“²⁰

15 Karl Kautsky „über Sozialdemokratie und Kommunismus“ München 1948 S. 25.

16 MEW 19, 13 f.

17 MEW 19, 29.

18 Siehe dazu Löw (wie Anm. 1) S. 286 ff.

19 MEW 22, 235.

20 MEW 22, 515.

Und dann die geradezu klassische Stelle: „Die Ironie der Weltgeschichte stellt alles auf den Kopf. Wir, die 'Revolutionäre', die 'Umstürzler', wir gedeihen weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz. Die Ordnungsparteien, wie sie sich nennen, gehen zugrunde an dem von ihnen selbst geschaffenen gesetzlichen Zustand. Sie rufen verzweifelt..., 'die Gesetzlichkeit ist unser Tod', während wir bei dieser Gesetzlichkeit pralle Muskeln und rote Backen bekommen und aussehen wie das ewige Leben.“²¹

Das ist doch nichts anderes als wenn er gesagt hätte: Wir wollen legal an die Macht kommen, weil wir legal an die Macht kommen können und weil das der sicherste Weg ist.

Kein Geringerer als der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale Willy Brandt räumte ein: „Der späte Engels bemüht sich nun auch, dem Wort von der 'Diktatur des Proletariats' eine neue Deutung zu geben.“²² Freilich, zum eindeutigen Demokraten mauserte Engels sich nicht.²³ – Damit ist das Wesentliche auch schon gegen die Argumentation von Leonhard gesagt, soweit er sich auf den späten Engels, d. h. auf Engels post Marx, beruft.

Engels' Bemerkung aus dem Jahre 1891, wonach die Pariser Kommune ein lebendiges Modell der Diktatur des Proletariats gewesen sei, kann schwerlich ohne Schmunzeln registriert werden. Denn schon zehn Jahre zuvor hat Marx zutreffend festgestellt: „Sie werden mich vielleicht auf die Pariser Kommune verweisen, aber abgesehen davon, daß dies bloß die Erhebung einer Stadt unter ausnahmsweisen Bedingungen war, war die Majorität der Kommune keineswegs sozialistisch...“²⁴

Die Arbeitervertretung war in der Kommune eine Minderheit. Auch war sie nicht organisiert und hatte nachweislich kein einheitliches Bewußtsein.

Marxens Lob auf die Kommune entspringt nicht geschichtlichen Tatsachen, sondern dem unstillbaren Verlangen, eine seine zahllosen Revolutionsprognosen möge sich irgendwo und irgendwie erfüllen.

3. Histomat und Demokratie

Um der Wahrheit näherzukommen, müssen wir weiter ausholen, über die verlesenen Zitate hinausgehen, eine Antwort aus dem Ganzen der marxistischen Ideologie zu geben versuchen.

Der Histomat, das Herzstück der marxistischen Lehre, basiert auf folgender Annahme: Ausgangspunkt ist die Urgesellschaft. Sie wird abgelöst durch antagonistische Gesellschaftsformen, in denen jeweils eine Minderheit die Mehrheit ausbeutet. Die historische Mission der Arbeiterklasse ist, Arbeitsteilung,

21 MEW 22, 525.

22 Willy Brandt „Friedrich Engels und die soziale Demokratie“ Bonn 1970 S. 16.

23 Siehe z. B. MEW 37, 326: „Daß das Proletariat seine politische Herrschaft, die einzige Tür in die neue Gesellschaft, nicht erobern kann ohne gewaltsame Revolution, darüber sind wir einig.“

24 MEW 35, 160.

Entfremdung, Ausbeutung für immer zu beseitigen, also Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes, aber auf höherer Ebene, d. h. zusätzlich Freiheit von Furcht, Freiheit von Not, Freiheit von Aberglauben zu erlangen.

Die bösen Ausbeuter würden, so glaubte man ursprünglich, ihre Herrschaft mit Zähnen und Klauen verteidigen. Deshalb sei jedes Mittel recht, um sie zu stürzen. Aber siehe, sie schaffen – zunächst in England, wo Marx und Engels lebten – das allgemeine, gleiche Wahlrecht und schaufeln sich damit selbst ihr Grab. Denn die Mehrheit wird letztlich einsehen, wer ihre Interessen vertritt, und dementsprechend vom Stimmrecht Gebrauch machen. Unter der gerade selbstverständlichen Voraussetzung, daß sich die Mehrheit bei den Wahlen ihrer geschichtlichen Aufgabe würdig erweist, stehen Wahlen nicht im Widerspruch zur erstrebten Diktatur des Proletariats (noch irgend einer historischen Form totalitärer Herrschaft!). So kann gewaltlos die eigentliche Menschheitsgeschichte anbrechen.

Wenn wir, wie Marx und Engels, an die historische Mission des Proletariats, an die heilsgeschichtliche Notwendigkeit einer weltweiten kommunistischen Ordnung glaubten (die von ihnen geführte Arbeiterklasse handelt „im vollen Bewußtsein ihrer geschichtlichen Sendung“²⁵), insbesondere auch, daß jedes Mittel recht sei, um sich die Macht zu verschaffen, würden wir es dann erdulden, daß mit Hilfe von Stimmzetteln das Räderwerk der Geschichte blockiert, ja zurückgedreht werden kann? Ob Marx und Engels überhaupt je an die Möglichkeit gedacht haben, daß Liberale, Konservative oder andere Bürgerliche mit dem Stimmzettel eine kommunistische Mehrheit gefährden könnten, weiß ich nicht. Aber alles spricht dafür, daß sie dann die Opposition gewaltsam unterdrückt hätten. Eine Übertragung der Macht auf Nichtkommunisten wäre Preisgabe der leidenschaftlich verfochtenen Ideologie, Preisgabe des Histomat!

Eindeutige Belege für die Richtigkeit dieser Annahme sind unter anderem jene Ausführungen, die klarstellen, daß Einsichten, die sich gegen den vorausgesagten historischen Prozeß aussprechen, unbeachtlich sind, gleichgültig, ob sie von den geborenen Reaktionären oder von Proletariern vertreten werden: „Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen vorstellt. Es handelt sich darum, was es ist und was es diesem Sein gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird.“²⁶ „..., denn mit Ausnahme derjenigen, die nicht zählen, sind im Jahre 1846 alle europäischen Demokraten mehr oder weniger klare Kommunisten.“²⁷ „Habe ich recht, wenn ich sage, daß die Demokratie heutzutage der Kommunismus ist?“²⁸)

25 MEW 17, 343.

26 MEW 2, 38.

27 MEW 2, 613.

28 MEW 2, 624.

Sollten jene, die allein zählen, die Macht erlangen, dürften eben jene, „die nicht zählen“, entweder nicht wählen, oder die „Wahlen“ würden, wie in allen sozialistischen Staaten, so ausgerichtet, daß überhaupt nur eine im kommunistischen Sinne geschichtskonforme Stimmabgabe möglich wäre.

4. Merkmale der Diktatur nach Marx

„Marx und Engels haben niemals erklärt, warum sie diesen Zustand als ‚Diktatur‘ bezeichnet hatten, obgleich er doch aus der Demokratie erwachsen sollte“²⁹ – meint Kautsky.

Bestand für sie Veranlassung zu sagen, was sie unter Diktatur verstanden? Nein, wenn sie mit „Diktatur“ das zum Ausdruck bringen wollten, was man damals allgemein darunter verstand: Ausschaltung jeder gefährlichen Meinung und Opposition. Beide waren sehr wortgewandt und hätten ihre Leser nicht im unklaren gelassen, falls sie mit „Diktatur“ eine freiheitliche Demokratie hätten bezeichnen wollen.

Im Zweifel ist davon auszugehen, daß jemand gängige Worte im üblichen Sinne verwendet. Aber haben wir es überhaupt mit einem Zweifelsfall zu tun? Marx und Engels nennen ausdrücklich die Merkmale ihrer Diktatur, ihrer, wie Marx betont, energischen Diktatur;³⁰ keine Gewaltenteilung, keine Grundrechte,³¹ kein Pluralismus,³² Niederhaltung der Gegner, straffe Umerziehung. Daß die Teilung der Staatsgewalt im Falle einer Revolution ohne ein besonderes Gesetz aufhört, stellt Marx ausdrücklich fest.³³

Anerkennende Worte über Parlamentarismus und Gewaltenteilung finden sich nirgendwo, jedoch recht despektierliche: „parlamentarischer Kretinismus“,³⁴ „die Hunde von Parlamentskretins“³⁵, „wurmstichige... Teilung der Gewalten, mit abgetragenen Phrasen und längst durchschauten Fiktionen“³⁶, „bemooste Weisheit“³⁷, „Verfassungsunsinn“³⁸.

Was mit Oppositionellen zu geschehen habe, beantwortet Engels: „Da nun der Staat doch nur eine vorübergehende Einrichtung ist, deren man sich im Kampf, in der Revolution bedient, um seine Gegner gewaltsam niederzuhalten, so ist es purer Unsinn, vom freien Volksstaat zu sprechen: Solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner...“³⁹

29 Kautzky (wie Anm. 13) S. 27.

30 MEW 5, 402.

31 Siehe Georg Brunner „Karl Marx und die Grundrechte“ in: Konrad Löw „Karl Marx und das politische System der DDR“ Heidelberg 1982 S.?

32 MEW 17, 339.

33 MEW 5, 194.

34 MEW 8, 37.

35 MEW 30, 382.

36 MEW 5, 041.

37 MEW 5, 196.

38 MEW 7, 498.

39 MEW 34, 129.

Mit Rousseau fordert Marx die Erziehungsdiktatur: „Die Abstraktion des politischen Menschen schildert Rousseau richtig also: 'Wer den Mut hat, einem Volke eine Rechtsordnung zu geben, muß sich fähig fühlen, die menschliche Natur zu ändern, jedes Individuum, das in sich selbst und für sich allein ein vollkommenes Ganzes ist, in den Teil eines größeren Ganzen umzuwandeln, von dem dieses Individuum in gewisser Weise sein Leben und Sein empfängt, an die Stelle einer physischen und unabhängigen eine moralische Teilexistenz zu setzen. Er muß dem Menschen seine eigenen Kräfte nehmen, um ihm fremde dafür zu geben, die er nur mit Hilfe anderer gebrauchen kann.'“⁴⁰

Schließlich läßt sich die mehrmals erhobene Forderung nach „Revolution in Permanenz“⁴¹ mit unseren Vorstellungen von einer rechtsstaatlichen Demokratie ebensowenig in Einklang bringen wie die Verabscheuung „nur gesetzlicher Mittel... gegenüber einem Feind, der solche Bedenken nur verachtet“.⁴² Auch die ausdrückliche Billigung der „Volksrache“⁴³ muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden.

Doch was besagt schon das Wort Revolution? Engels definiert es mit bestürzender Deutlichkeit: „Haben diese Herren nie eine Revolution gesehen? Eine Revolution ist gewiß das autoritärste Ding, das es gibt; sie ist der Akt, durch den ein Teil der Bevölkerung dem anderen Teile seinen Willen vermittels Gewehren, Bajonetten und Kanonen, also mit denkbar autoritärsten Mitteln aufzwingt; und die siegreiche Partei muß, wenn sie nicht umsonst gekämpft haben will, dieser Herrschaft Dauer verleihen durch den Schrecken, den ihre Waffen den Reaktionären einflößen.“⁴⁴

„In der Praxis werden wir wie immer darauf reduziert sein, vor allem auf resolute Maßregeln und absolute Rücksichtslosigkeit zu drängen.“⁴⁵

Auch jene feindseligen, verächtlichen Äußerungen gegen die Demokraten und die Demokratie verdienen in diesem Zusammenhang bedacht zu werden, ebenso die Betonung, daß die Kommunisten „für den Augenblick... als Demokraten“ auftreten.⁴⁶

5. Demokratiefeindliche Kritik des Zeitgeschehens

Die Juni-Revolution in Paris 1848 war ein Arbeiteraufstand gegen die vom Volk gewählte Nationalversammlung und ihre Exekutivorgane. Marx und Engels stellen sich vorbehaltlos auf die Seite jener, die sich gegen die demokratisch legitimierte Macht erheben. Marx' Artikel „Die Juni-Revolution“ – ein demagogisches Meisterwerk voller Entstellungen und

40 MEW 1, 370.

41 MEW 7, 254.

42 MEW 8, 71.

43 MEW 7, 249.

44 MEW 18, 308.

45 MEW 28, 580.

46 MEW 4, 317.

Gehässigkeiten – meint abschließend, es sei das Recht der demokratischen Presse, den Rebellen Lorbeer um die Stirne zu winden.⁴⁷

Die demokratisch legitimierte „sog. Deutsche Nationalversammlung“ war für ihn „eine Körperschaft, so abnorm, so lächerlich schon durch die Stellung, die sie einnahm, und dabei so erfüllt von ihrer eigenen Wichtigkeit, daß die Geschichte höchstwahrscheinlich nie ein Gegenstück dazu liefern wird.“⁴⁸

Seine völlig undifferenzierte Beschimpfung des „bloßen Debattierclubs“, der „Versammlung leichtgläubiger Tröpfe“, der „Marionetten“⁴⁹ hat Schule gemacht und sowohl dem demokratischen Gedanken allgemein als auch den Lebenschancen der ersten deutschen Demokratie erheblich Abbruch getan.

Die Pariser Kommune erhob sich im März 1871 gegen die vom Volk gewählte Französische Nationalversammlung. Es ist hinlänglich bekannt, daß Marx zugunsten der Kommune Partei ergriffen hat. Nicht die Demokratie erschien ihm schutzwürdig, sondern die Rebellion. Noch eine, recht aufschlußreiche Feststellung sei erwähnt. Marx und Engels bejahen die Demokratie dort, wo die Proletarier die Mehrheit bilden, weil es so zur Proletokratie kommt. Demokratie ist auch dann gut, wenn sie monarchische Herrschaft ablöst. Aber was dann, wenn die Proletarier in der Minderheit sind, wie im Deutschen Reich des Jahres 1875?

Marx schreibt in seiner Kritik des Gothaer Programms: „Erstens besteht 'das arbeitende Volk' in Deutschland zur Majorität aus Bauern und nicht aus Proletariern...“⁵⁰ Für diesen Fall lautet die Antwort, die er eine Seite später gibt und die uns schon begegnet ist: „... revolutionäre Diktatur des Proletariats.“⁵¹

Deutlicher kann es kaum noch gesagt werden. Selbstverständlich Diktatur des Proletariats auch dann, wenn die Proletarier in der Minderheit sind. Als die Forderung zuerst aufgestellt wurde, betrug der Anteil der Arbeiter in Deutschland 4,5 bis 6 Prozent.⁵²

Diese Beispiele zeigen: Vor die Alternative gestellt, Demokratie oder, mangels Mehrheit, Diktatur der Revolutionäre, haben sie sich stets für letztere ausgesprochen.

Ganz folgerichtig zum eben Gesagten die Weisungen von Marx und Engels in der „Ansprache der Zentralbehörde an den Bund“ vom März 1850: „Während die demokratischen Kleinbürger die Revolution möglichst rasch und unter Durchführung höchstens der obigen Ansprüche zum Abschluß bringen wollen,

47 MEW 5, 137.

48 MEW 8, 45.

49 MEW 8, 79.

50 MEW 19, 27.

51 MEW 19, 28.

52 E. Weis „Der Durchbruch des Bürgertums“ Bd. IV Propyläen Geschichte Europas, Frankfurt 1978 S. 405.

ist es unsere Aufgabe, die Revolution permanent zu machen, so lange, bis alle mehr oder weniger besitzenden Klassen von der Herrschaft verdrängt sind, die Staatsgewalt vom Proletariat erobert“ ist.⁵³

6. Keine Demokratie ohne Demokraten

Woran erkennt man den Demokraten? Der Demokrat wird die demokratische Staatsform wesentlich höher schätzen als jede andere Staatsform, die nicht durch das Volk legitimiert ist. Doch Engels ist anderer Ansicht. Mit Blick auf das demokratische Frankreich äußert er: „Ihr könnt also den Monarchien eure bürgerliche Republik nicht mehr als etwas gegenüberstellen, was die anderen Nationen erstreben sollten. Eure Republik und unsere Monarchien – das ist ein und dasselbe gegenüber dem Proletariat...“⁵⁴

Ganz unvereinbar mit demokratischer Gesinnung ist die oben beschriebene Kampftaktik, die Marx und Engels für die Auseinandersetzung mit den legitimierten Volksvertretern empfehlen.

Ganz unvereinbar mit demokratischer Gesinnung ist auch die Fürsprache für „absolute Rücksichtslosigkeit“,⁵⁵ „revolutionären Terrorismus“, „Volksrauche“.⁵⁶

War Marx nach seinem Naturell, Lebensstil und Umgang ein Demokrat? 1896, also dreizehn Jahre nach dem Tode von Marx, äußert Wilhelm Liebknecht: „Marx selbst war – versteht sich innerhalb des Rahmens der kommunistischen Anschauungsweise – der toleranteste aller Menschen.“⁵⁷

Doch der Nimbus von Marx hatte noch nicht ganz die Erinnerung verklärt. Schon im nächsten Satz heißt es: „Er konnte Widerspruch vertragen, wenn er auch nicht selten darob in argen Zorn geriet.“ Weit zuverlässiger sind jene Urteile, die zu Lebzeiten von Marx zu Papier gebracht worden sind. Selbst jene Leute, die der politischen Linken angehörten, stimmen darin überein, daß Marx nur sich selbst würdigte, keinen Widerspruch duldet, bedingungslose Unterwerfung forderte, kurz, diktatorische Neigungen in ungewöhnlicher Konzentration offenbarte. Ich erwähne Pavel Annenkov,⁵⁸ Wilhelm Weitling,⁵⁹ Heinrich Beta,⁶⁰ August Willich,⁶¹ Gustav Adolf Techow,⁶² Giuseppe Mazzini,⁶³ Michail Bakunin.⁶⁴ Aus dem Munde von Marx und Engels begegnen

53 MEW 7, 247.

54 MEW 39, 90.

55 MEW 27, 580.

56 Dazu ausführlich Konrad Löw „Warum fasziniert der Kommunismus“ München 1985 S. 109 ff.

57 Siehe Enzensberger (wie Anm. 10) S. 161.

58 Siehe Enzensberger (wie Anm. 10) S. 59.

59 Siehe Enzensberger (wie Anm. 10) S. 67.

60 Siehe Enzensberger (wie Anm. 10) S. 108.

61 Siehe Enzensberger (wie Anm. 10) S. 166.

62 Siehe Enzensberger (wie Anm. 10) S. 185.

63 Siehe Enzensberger (wie Anm. 10) S. 296.

64 Nach Enzensberger (wie Anm. 10) S. 366 u. 425.

uns immer wieder Äußerungen wie: „demokratisches Gesindel“,⁶⁵ „demokratisches Lumpenpack“,⁶⁶ „das ganze demokratische hiesige Geschmeiß“,⁶⁷ „demokratisches Lumpengesindel“.⁶⁸ „Die Betriebsamkeit dieser kleinen aus der demokratischen Pißjauche ausgebrüteten Flöhe ist rührend.“⁶⁹ Gemeint waren Blind, Bronner, Hecker, drei angesehene tapfere Freiheitskämpfer. „Es wäre vielleicht gut, wenn es noch einige Jahre ruhig bliebe, damit diese gesamte Demokratie von 1848 Zeit fände zu verfaulen.“⁷⁰ „Die Hunde von Demokraten und liberalen Lumpen werden sehn, daß wir die einzigen Kerls sind, die nicht verdammt sind in der schauerhaften Friedensperiode.“⁷¹

III. Ein Wegbereiter des Totalitarismus

1959 wurde das Godesberger Programm der SPD verabschiedet. Es machte damals Schlagzeilen, insbesondere deshalb, weil sich die SPD, vormals „Erbe- und Willensvollstreckerin von Marx und Engels“,⁷² in augenfälliger Weise vom Marxismus trennte und statt dessen die christliche Ethik, der Humanismus und die klassische Philosophie als Nährboden des demokratischen Sozialismus gewürdigt wurden. Die SPD erteilte damals jeder Form des Totalitarismus eine entschiedene Absage, nicht nur dem Nationalsozialismus, sondern auch dem Sowjetsystem, der politischen Wirklichkeit im SED-Staat.

Was aber hat das Sowjetsystem, die Sowjetideologie, der in der DDR manifeste Totalitarismus mit Marx zu tun? Im Schoße der SPD ist während der vorbereitenden Sitzungen des Godesberger Parteitags diese Frage lebhaft erörtert worden, wobei ausweislich des Protokolls Marx immer stärker belastet wurde.

Prof. Dr. Gerhard Weisser: „Seid ihr ganz sicher, daß wir mit der These vom ‚vergewaltigen Marx‘ Recht haben? Hat nicht die Haßkomponente bei Marx und sein Verlangen nach Rechtgläubigkeit mindestens objektiv-geschichtlich so gewirkt, daß ein konformistisches Denken von da aus seinen Ausgang genommen hat?“

Borinski: „Zu Marx: Wenn wir die Wirkung von Marx gerade heute im Totalitarismus sehen, scheint es mir richtig zu sein, was Weisser sagt... Das Menschenbild von Marx ist ein für unsere heutige Zeiterfahrung vereinfachtes und verharmlostes. Gewisse Punkte wurden dabei verabsolutiert und von daher Ansatz zum Totalitarismus...“

65 MEW 27, 183.

66 MEW 27, 501.

67 MEW 27, 565.

68 MEW 28, 490.

69 MEW 29, 376.

70 MEW 27, 560.

71 MEW 29, 401.

72 Nach Susanne Miller „Das Problem der Freiheit im Sozialismus“ Berlin 1974 S. 19.

Dr. Christian Gneuss: „Ich bin auch der Meinung, daß die Formel vom vergewaltigten Marx nicht ausreicht. Auch schon beim jungen Marx waren Ansätze zum Totalitarismus...“

Stammer: „Auch ich glaube, daß wir am Marx-Bild selber und an der Marx-Lehre und -Ideologie etwas zu korrigieren haben.“⁷³

Die vorstehende Untersuchung hat, wie ich meine, die Richtigkeit dieser Annahme mehr als bestätigt. Alle wesentlichen Merkmale des Totalitarismus werden von seinem Postulat einer Diktatur des Proletariats erfüllt.

Wie ist es möglich, daß Marx von so vielen in diesem Punkt bis heute verkannt wird? Die einen wollen die Fakten nicht zur Kenntnis nehmen, weil ihnen Marx von Jugend an als verehrungswürdig nahegebracht wurde. Die anderen schreiben und sprechen über Marx ohne intensives Quellenstudium. Anfang November hielt ich in Bayreuth ein Referat über „Marx und der Terrorismus – War die Begünstigung der terroristischen Roten Armee Fraktion durch die DDR ideologisch zu begründen?“ In der auf das Referat folgenden Diskussion machte mir ein junger Privatdozent, G. H., Bonn, unter dem Beifall von schätzungsweise einem Drittel der Zuhörer, den Vorwurf, meine Beweisführung sei einseitig und es gäbe auch gegenteilige Marxinterpretationen.

Nun, der Hörer konnte selbst beurteilen, ob ich Marx und Engels interpretiert oder nicht vielmehr – ohne nennenswerte Interpretation – schlicht beim Wort genommen hatte.

Daß G. H. die behauptete Einseitigkeit nicht aus dem Stegreif belegen konnte, ist selbstverständlich. Also bat ich ihn, dies schriftlich nachzuholen. Dazu erklärte er sich bereit. Doch der Absicht sind bis heute keine entsprechenden Taten gefolgt, obgleich ich nochmals schriftlich darauf hinwies, daß mein Text veröffentlicht werden wird und ich seine Kritik berücksichtigen möchte.

Dieses Verhalten überrascht nicht, entspricht vielmehr einschlägigen Erfahrungen. Bereits 1980 habe ich den engen Konnex zwischen Marx und Terror anhand von Zitaten aufgezeigt. Damals kündigte ein Hamburger Kollege, U. B., an, er werde allen Teilnehmern der Veranstaltung schriftlich das Gegenteil nachweisen. Trotz Reklamation steht dieser Nachweis immer noch aus. Ganz offenbar sind viele ebenso unwillig, die Marx und den Marxismus belastenden Fakten zu akzeptieren, wie sie unwillig waren, die DDR-Wirklichkeit der Jahre 1949–1989 zur Kenntnis zu nehmen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Professor Löw. Ich habe den Eindruck, wir werden um die Mittagszeit eine sehr interessante, möglicherweise auch kontroverse, Diskussion haben. Ich möchte Sie herzlich bitten, daß wir dann auch erst anfangen miteinander zu diskutieren. Jetzt

haben wir Gelegenheit, über das Gehörte noch einmal kurz nachzudenken. Ein kleines Stück Vivaldi bitte.

(Musik, Musik, Musik. . .)

Als nächstes kündige ich an und bitte, das Wort zu ergreifen: Herrn Professor Wolfgang Leonhard.

Prof. Wolfgang Leonhard: Marxismus-Leninismus und die Umgestaltung in der SBZ/DDR

Im Mittelpunkt meines Interesses stehen folgende Fragenkomplexe: Seit wann gibt es „Marxismus-Leninismus“? Wie wurde er verspätet 1949 in der damaligen Sowjetzone eingeführt? Wie hat sich die Marxismus-Leninismus-Schulung in der DDR entwickelt? Was war die Funktion des Marxismus-Leninismus? Welches waren seine Stärken und Schwächen? Ist der Marxismus-Leninismus bereits total zusammengebrochen – oder vielleicht nicht ganz?

Sowjetunion 1938: Plötzlich „Marxismus-Leninismus“

Am 14. November 1938 – ich war damals ein siebzehnjähriger Schüler in Moskau – veröffentlichten alle Zeitungen der Sowjetunion eine Resolution des Zentralkomitees der KPdSU. Thema: Einführung des Marxismus-Leninismus. In dieser Resolution wurde erklärt: es sei falsch, den Marxismus vom Leninismus zu trennen. Dies sei nicht mehr gestattet. Marxismus und Leninismus seien eine untrennbare Einheit. Von nun an erfolge die gesamte Schulung nach dem sechs Wochen zuvor veröffentlichten „Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU“. In dieser Resolution, die, nach der Diktion zu urteilen, offensichtlich von Stalin selbst formuliert worden ist, wurde ferner erklärt:

Der Marxismus-Leninismus bestehe aus vier Hauptbestandteilen: Philosophie (dialektischer Materialismus), Geschichtsbetrachtung (historischer Materialismus), Wirtschaftslehre (marxistische politische Ökonomie) und den politischen Konzeptionen – für die es zunächst noch keine Bezeichnung gab. Erst 1962 wurde dafür der Name „Wissenschaftlicher Kommunismus“ eingeführt.

Wenige Tage nach jenem 14. November 1938 gab es in allen Fachschulen, Fachhochschulen, Hochschulen und Universitäten der Sowjetunion plötzlich das neue Fach „Marxismus-Leninismus“. Alle früheren ideologischen Fächer wurden durch den neuen offiziellen Begriff „Marxismus-Leninismus“ ersetzt. Nun warteten wir alle, daß die Lehrbücher erscheinen würden – für den dialektischen und historischen Materialismus, für die marxistische Politische Ökonomie und für die politischen Konzeptionen. Aber sie erschienen nicht. In den Hochschulen mußten wir damals (1940) nach Lehrplänen arbeiten, da es gedruckte Lehrbücher noch nicht gab. Es ist anzunehmen, daß Stalin deren Erscheinen hinauszögerte, um nicht durch eine zu fest gefügte detaillierte Ideologie an der eigenen Handlungsfreiheit gehindert zu sein. Die entsprechenden

ideologischen Lehrbücher erschienen alle erst 1958 bis 1962, d. h. nach Stalins Tod.

Die Einführung des Marxismus-Leninismus in der Sowjetzone

Während in der Sowjetunion seit November 1938 der Marxismus-Leninismus im Mittelpunkt stand, wurde er in der damaligen Sowjetzone nicht sofort eingeführt. Der Gründungsauftrag der KPD vom 11. Juni 1945 enthält keinen entsprechenden Hinweis. Die „Grundsätze und Ziele“ der SED, die auf dem sogenannten Vereinigungsparteitag am 21. April 1946 verkündet wurden, nehmen ebenfalls nicht auf ihn Bezug. In den damaligen Schulungsheften, den sogenannten „Sozialistischen Bildungsheften“, die seit April 1946 alle zwei Wochen für die Parteischulung in der Sowjetzone erschienen, gab es auch keine Hinweise auf den Marxismus-Leninismus. Achtzehn dieser Schulungshefte habe ich 1946 noch selbst verfaßt. Fred Oelßner sagte damals verschmitzt lächelnd: „Über Marxismus-Leninismus reden wir nicht.“ Nach 1945 gab es nur die Begriffe „wissenschaftlicher Sozialismus“ und „Marxismus“, aber nicht den Begriff „Marxismus-Leninismus“ – auch nicht nach dem wichtigen Beschluß vom 25. Oktober 1946 über die Intensivierung der Parteischulung, darunter der Schaffung der 120 Kreisparteischulen. Selbst im Anfang 1947 herausgegebenen „Lehrbuch der SED-Kreisparteischulen“ wurde nachweislich der Begriff „Marxismus-Leninismus“ nicht benutzt. Sogar in der SED-Parteihochschule, 1946 in Liebenwalde gegründet, gab es keine Fakultät für Marxismus-Leninismus. Stattdessen wurde – Hermann Weber erinnert sich sicher daran genau wie ich – der entsprechende Bereich ironischerweise „Lehrmittelabteilung“ genannt. Frida Rubiner leitete diese „Lehrmittelabteilung“ und lehrte einen etwas abgeschwächten Marxismus-Leninismus – ohne den Begriff zu benutzen.

Im Frühjahr 1948 setzte die drastische politische Verschärfung ein (Prager Putsch, Berliner Blockade, Ausschluß Jugoslawiens und, in der damaligen Sowjetzone, der berüchtigte SED-Beschluß vom 28. Juli 1948 über die Säuberung der Partei von „entarteten und feindlichen Elementen“). Am 16. September 1948 wurde die Zentrale Partei-Kontroll-Kommission eingeführt sowie die Landespartei-Kontroll-Kommissionen. Am 20. September 1948 folgte der wichtige Ideologie-Beschluß: Alle Parteimitglieder sollten den „Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU“ studieren. Am 24. September 1948 kam es zur Abkehr vom eigenen deutschen Weg zum Sozialismus. Damit waren die Weichen gestellt.

Auf der I. Parteikonferenz der SED vom 25. bis 28. Januar 1949 wurde die Angleichung der SED an die stalinistischen Parteien vollzogen und damit auch der Marxismus-Leninismus in der Sowjetzone Deutschlands eingeführt. Wörtlich: „Verpflichtung zum Studium des Marxismus-Leninismus, vor allem anhand des 'Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU' und der Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin“.

Der Marxismus-Leninismus wurde damit in der Sowjetzone Deutschlands am 28. Januar 1949 eingeführt.

Der Marxismus-Leninismus in der DDR

Danach ging alles sehr schnell. Das Wichtigste war der Beschluß der SED-Führung vom 3. Juni 1950 (während der Waldheimer Prozesse) „Zur Verbesserung der Parteipropaganda“ mit der Einführung des hierarchischen Schulungssystems und des „Parteilehrjahres“.

Auf der untersten Stufe dieses Schulungssystems befanden sich die „Politischen Grundschulen“ für die Anfänger – sogar Parteilose durften daran teilnehmen. Auf der nächsten Stufe gab es die „Zirkel zum Studium der Biographie Stalins“ und der „Geschichte der KPdSU“. Als nächst höhere Stufe wirkten die „Kreisabendschulen“ für SED-Funktionäre von Grundorganisationen bis hin zur Kreisleitung. Auch hier standen im Zentrum die „Geschichte der KPdSU“ und „Marxismus-Leninismus“. Die Spitze dieser „Schulungs-Säule“ bildeten die „Abenduniversitäten“ für verantwortliche Parteifunktionäre aus Partei, Wirtschaft und Verwaltung, die bereits Kreis- bzw. Landesparteschulen besucht hatten. Schulungsdauer: zwei Jahre mit mündlichem und schriftlichem Abschlußexamen.

Besonders wichtig waren die – ebenfalls hierarchisch gegliederten – vier Internatsparteschulen: Es begann mit den Betriebsparteschulen (fünfzehn Tage), gefolgt von den Kreisparteschulen (zunächst sechs Wochen, bald auf drei Monate verlängert), dann die Landesparteschulen (seit 1952 Bezirksparteschulen genannt; zunächst sechs Monate, bald auf ein Jahr verlängert) – auch hier überall das Hauptfach: „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“.

An der Spitze stand dann die SED-Parteihochschule „Karl Marx“ mit den Ein-Jahres-Lehrgängen für die Qualifizierung und den Zwei-Jahres-Lehrgängen für die Ausbildung, später auf drei bzw. fünf Jahre verlängert, sowie die „Akademie der Gesellschaftswissenschaften“. Dies nur als kurzer Überblick. Für Interessenten verweise ich auf meinen ausführlichen Beitrag „Die Parteschulung der SED (1945 bis 1956)“ in „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Beilage zum „Parlament“ vom 31. Oktober 1956 (Nr. 56).

Aber der Beschluß vom 3. Juni 1950 verkündete nicht nur den Ausbau des hierarchischen Parteschulungssystems, sondern auch einen verschärften ideologischen Kampf und zwar „gegen die bürgerliche Ideologie“ und gegen die Überreste des Sozialdemokratismus. Ferner verlangte die SED-Führung die Widerlegung der falschen formalen Einstellung zur Demokratie, opportunistischer Auffassungen über die Blockpolitik und die Bekämpfung der Unterschätzung der Rolle der Sowjetunion. Dieser Kampf könne nur wirksam sein, „wenn es zugleich gegen alle liberalistischen und versöhnlerischen Tendenzen geführt wird“ (vgl. Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Band III, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 121).

Von 1951 bis 1956 wurde dieses riesige Schulungssystem ausgebaut. Das sogenannte „Parteilehrjahr“ wurde intensiviert, die ideologische Verschärfung immer deutlicher („Wachsamkeit“, Schauprozesse und zunehmende Stalin-Verherrlichung). Diese Entwicklung wurde 1956 unterbrochen – durch die Verunsicherung der SED-Führung nach dem 20. Parteitag vom 14. bis 25. Februar 1956 in Moskau, wo Stalin bekanntlich einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Die Entstalinisierung wurde von Ulbricht in der damaligen DDR deutlich abgeschwächt. Es erfolgte lediglich die Ausmerzung des Namens von Stalin – aber keine Kritik am Stalinismus. Die Veränderungen im Parteilehrjahr wurden auf das Mindestmögliche reduziert. Interessanterweise erfolgte gleichzeitig im Frühjahr 1956 die erste Verschiebung auf praktisch-ökonomische Fragen durch die neuen „Zirkel zum Studium der ökonomischen Politik der Partei“. Diese befaßten sich zum einen mit der Industrie und zum anderen mit der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft. Anschließend folgte die textliche Ausarbeitung durch die (zunächst aus dem Russischen übersetzten) Lehrbücher. Besonders wichtig waren dabei „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“ (russisch 1959, in der DDR 1960), das Lehrbuch, das eine Gesamtübersicht der Ideologie gab. Danach folgten die entsprechenden Lehrbücher für den dialektischen Materialismus, historischen Materialismus, für die marxistische Politische Ökonomie und den „wissenschaftlichen Kommunismus“, d. h. die politischen Konzeptionen. Seit 1963 erfolgte die programmatische Dokumentierung des Marxismus-Leninismus. Im SED-Programm von 1963 wurde erstmalig (angenommen auf dem 6. Parteitag der SED im Januar 1963) die SED als „marxistisch-leninistische Kampfpartei“ bezeichnet, die die „Reinheit des Marxismus-Leninismus gegen alle revisionistischen Bestrebungen“ hüte. Gleichzeitig gab das SED-Programm die folgende offizielle Definition des Marxismus-Leninismus: „Der Marxismus-Leninismus ist die Lehre von den allgemeinen Entwicklungsgesetzen der Natur, der Gesellschaft und des menschlichen Denkens, eine wissenschaftliche Weltanschauung, ein in sich geschlossenes harmonisches System philosophischer, ökonomischer, sozialer und politischer Anschauungen.“

Bedeutsam und nachdenkenswert erscheint mir, daß der Begriff „marxistisch-leninistisch“ in der neuen Verfassung der DDR vom 9. April 1968 eingeführt wurde. „Die Deutsche Demokratische Republik“, so hieß es, „ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation“, der unter Führung der Arbeiterklasse „und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“ den Sozialismus verwirkliche. Diese Aussage im Art. 1 der Verfassung stellte meiner Auffassung nach den Versuch dar, den Marxismus-Leninismus weit über den engen Rahmen der eigenen Partei hinaus zu einer Staatsdoktrin der DDR aufzuwerten. Dafür scheint mir zu sprechen, daß dieses Anliegen in der zweiten DDR-Verfassung vom 7. Oktober 1974 noch klarer zum Ausdruck gebracht wird: Die DDR sei ein „sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern“ und stehe „unter

Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“. Das war, wohlgermerkt, in der DDR-Verfassung verankert.

Meine These ist, daß gleichzeitig mit dieser Forcierung (Lehrbücher, offizielles ideologisches Bekenntnis, Ausdehnung der Schulung, verfassungsmäßige Festschreibung) ein Rückgang des marxistisch-leninistischen ideologischen Einflusses in der Gesellschaft zu verzeichnen ist – auch innerhalb der SED.

Zunehmend, seit Anfang der siebziger Jahre, d. h. in der Honecker-Zeit, konzentrieren sich die Schulungsabende und Zirkel auf die jeweils letzte Tagung des Zentralkomitees der SED, und häufig wirkte das Ganze so, als ob die Ideologie nur noch eine Garnierung darstellt.

Die Funktion des Marxismus-Leninismus im SED-Regime

Welche Funktion hatte der Marxismus-Leninismus von 1949 bis 1989 in der DDR? Zweifellos ging es der DDR-Führung nicht in erster Linie um eine Gesellschaftstheorie zur Befreiung der Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung, für die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft, sondern die Ideologie diente vor allem der Legitimierung des bürokratisch-diktatorischen Regimes.

Drei Funktionen standen im Vordergrund:

1. Die in der DDR verbreitete marxistisch-leninistische Ideologie sollte den Unterdrückungscharakter des Regimes verschleiern. Durch ideologische Behauptungen wie „realer Sozialismus“, „sozialistische Demokratie“ oder „sozialistischer Humanismus“ sollte der Unterdrückungscharakter gerechtfertigt und übertüncht werden. Mit der Behauptung, der Marxismus-Leninismus sei eine „wissenschaftliche Theorie“, sollte von den schwierigen ökonomischen Bedingungen und den ökonomisch-politischen Rückschlägen abgelenkt und ihre Auswirkungen im Denken der Menschen und dem Verhalten der Funktionäre und Mitglieder der SED verringert werden.
2. Der Marxismus-Leninismus hatte die Aufgabe, Beschlüsse der SED-Führung, die meist aus praktischer Notwendigkeit erfolgten, nachträglich zu begründen und zu rechtfertigen, um den Eindruck zu erwecken, die SED-Führung betreibe eine „wissenschaftliche Politik“.
3. Die Ideologie diente der Oktroyierung von Denkschablonen zur Disziplinierung der SED-Funktionäre und -Mitglieder. Diese ideologischen Denkschablonen beinhalteten nicht nur, was Mitglieder und SED-Funktionäre glauben sollten, sondern – darauf möchte ich besonders hinweisen – auch, was sie abzulehnen hatten. Durch die vorgeschriebenen, zeitweilig bis zu 29 Abweichungen, sollten die Funktionäre dazu erzogen werden, automatisch alle Auffassungen abzulehnen, die nicht in die vorgefaßte Parteilinie paßten. Mit diesem Ablehnungsmechanismus sollten kritische Gedanken, unliebsame Diskussionen vermieden werden.

Die Anziehungskraft des Marxismus-Leninismus

Trotz des Zusammenbruchs des Marxismus-Leninismus dürfen wir nicht übersehen, daß es in den 40 Jahren der DDR viele Mitglieder und Funktionäre der SED gegeben hat, die an den Marxismus-Leninismus geglaubt haben bzw. von einigen Lehren und Konzeptionen durchdrungen waren. In folgenden Bereichen war meiner Meinung nach der Glaubensfunke am meisten ausgeprägt:

1. Der Glaube an die angebliche Wissenschaftlichkeit des Marxismus-Leninismus. Der Marxismus-Leninismus, so glaubten die Anhänger, sei eine Wissenschaft, die alle Probleme aller Länder und Völker zu erkennen und lösen vermag, sowie Wege zu einer glücklicheren Zukunft aufzuzeigen imstande ist. Da der Marxismus-Leninismus eine Wissenschaft ist, muß er natürlich allen anderen politisch-ideologischen Auffassungen – Liberalen, Christdemokraten, Sozialdemokraten – und allen Religionen überlegen sein.
2. „Die Partei hat immer recht.“ Über diese selbstherrliche Behauptung wurde viel gelacht. Aber dahinter steckt ein ideologischer Aspekt, nämlich die Auffassung der damals Überzeugten, die marxistisch-leninistischen Parteien seien die einzigen politischen Parteien in der Welt, die ihre Politik aufgrund einer Wissenschaft ausarbeiten und verwirklichen. Alle anderen vertreten ja nur Interessen ohne wissenschaftliche Grundlage. Damit haben die marxistisch-leninistischen Parteien im Prinzip immer recht; selbst Fehler örtlicher Instanzen oder einzelner Funktionäre können die prinzipielle Unfehlbarkeit nicht in Frage stellen.
3. Die angebliche „Gesetzmäßigkeit der Geschichte“. Alle Völker der Menschheit durchschreiten fünf Gesellschaftsordnungen von der Urgemeinschaft, über den Sklavenhalterstaat und Feudalismus bis zum Kapitalismus. Dies sei ein gesetzmäßiger Vorgang. Seit der Oktoberrevolution von 1917 vollziehe sich der „gesetzmäßige weltweite Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus“. Man sei damit in Übereinstimmung mit den „Gesetzmäßigkeiten der Geschichte“.
4. Siegeszuversicht. Die historische Entwicklung habe die Richtigkeit des Marxismus-Leninismus bewiesen. Die Argumentationskette sah folgendermaßen aus: 1848, zu Zeiten von Marx und Engels, hatte der Bund der Kommunisten 100 Mitglieder,

1917 fand die siegreiche Oktoberrevolution in Rußland statt,

1936 erfolgte der „Sieg des Sozialismus“ in der UdSSR,

1945–49 gehen die volksdemokratischen Länder Ost- und Mitteleuropas zum Sozialismus über, Mitte der siebziger Jahre gab es eine kommunistische Weltbewegung mit 50 Millionen Parteimitgliedern in 94 kommunistischen Parteien der Welt. Die historische Entwicklung habe damit die Richtigkeit des Marxismus-Leninismus bewiesen.

5. Moralische Erhabenheit des Endziels. Die zukünftige „klassenlose Gesellschaft“ verwirkliche erhabene Ziele der Menschheit:
- Die Abschaffung des Geldes und die Verteilung der Erzeugnisse nach den Bedürfnissen der Menschen,
 - die Überwindung aller Klassenunterschiede und die Herstellung einer sozialen Einheit und sozialen Gleichheit,
 - das Absterben des Staates und seine Ersetzung durch eine gesellschaftliche Selbstverwaltung; es werde keine Gefängnisse, keinen Zwang, keine Unterdrückung mehr geben, – die Überwindung aller nationalen Konflikte und die Verschmelzung der Nationen –, harmonische zwischenmenschliche Beziehungen und Herausbildung eines neuen selbstlosen und bewußten Menschen der kommunistischen Zukunft.

Dabei wurde völlig verdrängt, daß dieses Endziel a) unerreichbar ist und b) von den herrschenden KP-Führungen in immer weitere Ferne verlegt wurde.

Diese und andere Faktoren trugen dazu bei, daß ein Teil der SED- Mitglieder und ein größerer Teil der Funktionäre an einige Konzeptionen bzw. den Marxismus-Leninismus insgesamt geglaubt haben, ja zum Teil sogar davon überzeugt und durchdrungen waren.

Die Schwächen des Marxismus-Leninismus

Viel deutlicher und krasser sind die Schwächen und Gegensätze im Marxismus-Leninismus. Ich beschränke mich auf einige entscheidende Widersprüche.

1. Ideologischer Anspruch und Realität. Zunächst der tiefe Widerspruch zwischen der offiziell proklamierten Überlegenheit des „realen Sozialismus“ und dem Zurückbleiben in der ökonomisch- technologischen Entwicklung, den ökologischen Mißständen, den Privilegien und dem Machtmißbrauch der Funktionäre. Hinzu kam der Widerspruch zwischen dem verkündeten „sozialistischen Humanismus“ bei gleichzeitigem Bestehen der Berliner Mauer und Tötungsanlagen an der Grenze, Willkür und Rechtlosigkeit. Die versprochene „sozialistische Demokratie“ stand im Gegensatz zum Fehlen demokratischer Freiheiten und Menschenrechte, der Ohnmacht des Parlaments, der Verhinderung freier fruchtbarer Diskussionen, der ständigen Kontrolle und Gängelung der Bevölkerung, Bespitzelung und Unterdrückung.
2. Verfälschte Parteigeschichte. Wichtige historische Ereignisse wurden verschwiegen, entscheidende Ereignisse „ausgeklammert“. Dazu gehörte die Vertuschung der Fehler der KPD vor 1933, die Verhaftung deutscher Kommunisten in der Sowjetunion und ihre Auslieferung an die Gestapo. Besonders kraß war die Verfälschung der SED-Geschichte. Verschwiegen wurde die Unterdrückung und Einschüchterung bei der Vereinigung von KPD und SPD im April 1946, die damals angewandten Methoden, z. B. Bespitzelung, Bruch von Versprechen und Geheimmitglieder in anderen

- Parteien. In der DDR-Geschichtsschreibung fehlten die Verfolgung von Sozialdemokraten als „Schumacher-Agenten“, die Unterordnung der Blockparteien, die Säuberungen kritischer SED-Mitglieder und Funktionäre, die fehlende demokratische Legitimation bei der DDR-Gründung im Oktober 1949, die verhängnisvolle Verkündung des „Aufbaus des Sozialismus“ auf der 2. Parteikonferenz im Juli 1952. Dazu gehören ferner die Verfälschungen über den Volksaufstand in der DDR im Juni 1953, über die Berliner Mauer im August 1961, die Rolle der SED-Führung bei der Bekämpfung des „Prager Frühlings“ von 1968 sowie die Kontroversen der SED-Führung mit der Reformführung in Moskau während der Perestroika-Periode (1985–1989).
3. Die beschönigende Darstellung der Sowjetunion. Dazu gehörte die verfälschte Darstellung der Zwangskollektivierung, die Ermordung Kirows, die große Säuberung von 1936–38, die Auswirkungen des Hitler-Stalin-Paktes von 1939, die Ursachen der Niederlagen der sowjetischen Truppen in den ersten zwei Jahren des Krieges, die Entstalinisierung unter Chruschtschow, die Hintergründe seines Sturzes im Oktober 1964, die Stagnation während der Breschnew-Ära, das Wirken der sowjetischen Bürgerrechtler („Dissidenten“) und ihre Reformpläne – all das wurde verschwiegen. Hinzu kam das beschönigende Bild des sowjetischen Systems. Es gab keine Diskussionen über den Widerspruch zwischen dem sowjetischen Anspruch vom „Sozialismus“, „entwickelten Sozialismus“ und „Übergang zum Kommunismus“ einerseits und der Realität andererseits: die Diktatur Stalins, Massenterror, permanente Krise der Landwirtschaft, Zurückbleiben der Wirtschaft, Privilegien und Willkür der Funktionäre.
 4. Unwahre Darstellung moderner westlicher Industriestaaten – vor allem die wirklichkeitsfremde Schematisierung der „kapitalistischen Welt“. Die gewaltigen Unterschiede der einzelnen Länder in Tradition, ökonomischem Entwicklungsstand, Sozialstruktur und politischen Verhältnissen wurden nicht oder nur kaum erwähnt – alles war „Monopolkapitalismus“. Die These von der „führenden Rolle der Arbeiterklasse“ wurde beibehalten, obwohl viele wußten, daß die Zahl der Industriearbeiter in den letzten 30 Jahren in allen Industriestaaten zurückgegangen war. Die These vom Klassenkampf wurde ebenfalls beibehalten, obwohl es längst neue soziale Schichten, neue Widersprüche und Konflikte gab. Das breite politische Spektrum in den westlichen Industriestaaten wurde nie objektiv untersucht, sondern alle Nicht-Kommunisten wurden verächtlich gemacht und auf primitive Weise „widerlegt“. Es gab keine ernsthaften Analysen im DDR-Marxismus-Leninismus über die Bewegungen zum Schutz der Umwelt, die Frauen-Emanzipation, die neue Jugendproblematik, die Diskussionen auf den Kirchentagen und das Problem der Entfremdung.
 5. Widersprüche innerhalb des Marxismus-Leninismus. Die Behauptung, der

Marxismus-Leninismus sei eine einheitliche Zusammenfassung der Lehren von Marx, Engels und Lenin, ist unwahr. Die Ideen von Marx und Engels in den Marxismus-Leninismus-Lehrbüchern wurden auf weniger als 2 % des Textes zurückgestuft und lediglich einige „passende“ Zitate von Marx und Engels verwendet. Entscheidende Thesen von Marx und Engels wurden ausgeklammert: die Entfremdung des Menschen, die Befreiung der menschlichen Persönlichkeit, die Konzentration auf soziale Bewegungen (nicht auf eine Partei!), die Aussagen zur sozialen Umgestaltung (nicht: Machtübernahme!), zum Absterben des Staates (nicht: „sozialistischer Staat“), die Ausführungen von Marx und Engels zur Assoziation der freien Produzenten (nicht: Zentralplanung von Staatseigentum) in der zukünftigen klassenlosen Gesellschaft. Verfälscht wurde auch die Darstellung Lenins. Historisch unwahr war die These, daß Lenin der angeblich einzige legitime Fortsetzer von Marx und Engels sei. Aber auch Lenin wurde unwahr dargestellt. Seine Doktrinen von der revolutionären Elitepartei, die Organisationsstruktur des „demokratischen Zentralismus“, Lenins Eintreten für eine gewaltsame Revolution und die Errichtung einer Diktatur des Proletariats, seine Forderungen für die „Einheit der Partei“ und das Verbot von Fraktionen standen während der ganzen DDR-Periode im Mittelpunkt. Nicht erwähnt oder zurückgedrängt wurden Lenins eindeutige Ablehnung jeglicher Kollektivierung der Bauernschaft, sein Kampf gegen den russischen Nationalismus, sein Eintreten für die Interessen der nicht-russischen Völker, seine Ablehnung jeglicher Einmischung der Partei in Literatur und Kunst und jeglichen Personenkults (einschließlich seiner eigenen Person!) und schließlich seine offenen Eingeständnisse über schwerwiegende Fehler der Bolschewistischen Partei. Diese Dinge kamen im Marxismus-Leninismus der DDR kaum vor.

6. Marxismus-Leninismus und die moderne Industriegesellschaft. In der DDR wurde immer wieder behauptet, der Marxismus-Leninismus sei eine „Anleitung zum Handeln“. Aber dies war offensichtlich unwahr. Es gab keine Möglichkeit, aus den Texten des Marxismus-Leninismus die Probleme der modernen Industriegesellschaft zu erkennen, keine gedankliche Verbindung zur Kybernetik, Soziologie, Sozialpsychologie, Industriosociologie, zum modernen Management. Mit dem Marxismus-Leninismus – das erkannten vor allem Wirtschaftsfunktionäre – konnte man die neuen Probleme nicht lösen.
7. Das Fehlen ethisch-moralischer Problematik. Wenn man sich die DDR-Lehrbücher des Marxismus-Leninismus ansieht, erkennt man das Fehlen ethischer, moralischer Probleme. Es handelte sich um eine veraltete kalte Ideologie, gefühlsarm, starr. Die Probleme der zwischenmenschlichen Beziehungen, der Persönlichkeitsentfaltung, der Entfremdung, die Suche

nach sittlich-moralisch-ethischen Werten kamen im DDR-Marxismus-Leninismus kaum vor.

Die ideologische Indoktrination

Es waren aber nicht nur diese Schwächen, die zum Zusammenbruch des Marxismus-Leninismus geführt haben. Hinzu kamen die Methoden der Schulung, die Methoden der Verbreitung dieser Ideologie des Marxismus-Leninismus. Ich möchte das eine reglementierte Ausbildungsmethodik nennen. Die SED-Parteischulen waren keine Stätten der politischen Bildung und Überzeugung, sondern der Indoktrination. Diskussionen über Inhalte und Grundsätze waren nicht zugelassen. Die Parteilinie war sakrosankt. Diskutieren durfte man nur darüber, wie man diese Anweisungen durchführt. Damit trat eine geistige Verdorrung ein, denn auf die Dauer lassen Menschen so etwas nicht mit sich machen – eine Ideologie studieren zu müssen, ohne sie diskutieren zu dürfen. Jeder Versuch, ungehindert zu diskutieren, eine These in Frage zu stellen, wurde sofort als „Abweichung“ deklariert. Abweichungen waren nicht zugelassen. Der Betreffende wurde dann zurechtgewiesen, und falls er darauf nicht sofort „parteiliniengemäß“ reagierte, einer entwürdigenden Kritik und Selbstkritik unterzogen.

Diese Kritik und Selbstkritik brach den Willen der auszubildenden Funktionäre, brach ihr eigenständiges Denken, führte zu einer Psychose der Angst und Unsicherheit und zur Furcht, sich durch eigene Gedanken in Gefahr zu bringen. Die Zielsetzung war deutlich: Auf Parteischulen sollten SED-Mitglieder und Funktionäre zu willenlosen gefügigen Instrumenten der Parteiführung ausgebildet werden. Es blieb allerdings nicht aus, daß manche der intelligenteren Mitglieder und Funktionäre während der Schulung manche Widersprüche der Ideologie erkannten, aber darüber nur mit vertrauenswürdigen Freunden sprachen (die sogenannten „Unter-uns-Gespräche“), auf öffentlichen Veranstaltungen aber die Parteilinie zum Ausdruck brachten. Dies führte zu Lüge, Zwiespalt und Verlogenheit. Diese Verlogenheit, die Trennung von privaten Diskussionen und öffentlichen Veranstaltungen, führte zu einem dauerhaften Zwiespalt, einem tiefen Zwiespalt der eigenen Persönlichkeit mit ernststen psychologischen Konsequenzen.

Der Zusammenbruch des Marxismus-Leninismus in der DDR

Im Herbst 1989 folgte der Zusammenbruch des Marxismus-Leninismus. Dieser Zusammenbruch war weitreichend, verlief schnell, lautlos und, zumindest anfangs, ohne Widerspruch. Typisch für diesen Zusammenbruch waren:

- Alle Thesen, Konzeptionen, Begriffe, Lehrbücher des Marxismus-Leninismus verschwanden über Nacht aus Presse, Rundfunk, Fernsehen, aus der gesamten öffentlichen Diskussion – und zwar nicht, weil es befohlen wurde, sondern weil sich kein Mensch mehr dafür interessierte. Das war übrigens nicht nur in den fünf neuen Ländern der ehemaligen DDR so, sondern in allen Ländern des einstigen Warschauer Paktes.

- Das Schulungsimperium mit dem gewaltigen Netz von SED-Schulen und FDJ-Schulen brach schneller und lautloser zusammen als alle anderen Komponenten des Systems. Es gab keine Widerstände, keine Protestaktionen, keine protestierenden Leserbriefe, keine Demonstrationen. Ich habe einige ehemalige Schulungseinrichtungen nach der Wende besucht, darunter die SED-Parteihochschule „Karl Marx“ und die FDJ-Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“. Ich bin hingegangen, um das Ende nachzuprüfen. Keiner der Funktionäre in den Schulen hat versucht, diese Einrichtungen gegen die Umfunktionierung zu verteidigen, keine Presse-Protesterklärungen „Wir lassen uns unsere Schulungsstätten nicht nehmen“. Nichts dergleichen. Der Schulungs-Zusammenbruch war total. – Alle politischen Nachfolgeparteien, nicht nur in der DDR, sondern in allen ehemaligen Ostblockstaaten, benutzen weder den Begriff „Marxismus-Leninismus“ noch die vier „Hauptbestandteile“, also dialektischer und historischer Materialismus, marxistische politische Ökonomie und den „Wissenschaftlichen Kommunismus“, keine Hinweise auf die Konzeptionen der Ideologie noch auf die entscheidenden Begriffe. Alle Nachfolgeparteien haben einfach das Hemd des Marxismus-Leninismus ausgezogen.

Neue Probleme, neue Aufgaben

Ich würde jedoch vor der Schlußfolgerung warnen, der Marxismus- Leninismus sei für immer zusammengebrochen, die Demokraten könnten sich jetzt beruhigt in ihren Sesseln zurücklehnen.

Im Gegenteil – und das ist vielleicht die wichtigste These, die ich heute vermitteln möchte: Ich glaube nicht, daß mit dem totalen Zusammenbruch des Marxismus-Leninismus alle ideologischen Probleme endgültig überwunden sind. Gewiß: es gibt in den fünf neuen Ländern, wie in allen anderen Warschauer-Pakt-Staaten, keine nennenswerte Gruppierung oder Strömung, die den Marxismus- Leninismus insgesamt wieder herstellen möchte. Wohl aber gibt es, vor allem in den letzten Monaten, und wie mir scheint in steigendem Maße, Versuche, einige Konzeptionen des Marxismus-Leninismus zu retten bzw. wieder herzustellen. Mich beunruhigen vor allem folgende Erscheinungen:

- Versuche, die Geschichte der SED-Diktatur zu beschönigen, einige ihrer Postulate und Maßnahmen zu rechtfertigen.
- Versuche, den bürokratischen Unterdrückungscharakter des SED- Regimes ausschließlich durch die internationale Situation und den kalten Krieg zu rechtfertigen.
- Versuche, den „realen Sozialismus“ in der DDR als sogenanntes „frühsozialistisches Experiment“ darzustellen, das aufgrund von Fehlern gescheitert sei, aber die Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit, enthält, daß später einmal ein verbesserter realer Sozialismus verwirklicht werde.

- Versuche, den Zusammenbruch des DDR-Systems nicht durch den Unterdrückungscharakter, nicht durch die gesellschaftlichen Widersprüche, nicht durch den Massenwiderstand der Bevölkerung zu erklären – was der Wahrheit entspräche – sondern durch einen angeblichen Verrat Gorbatschows oder „Verrat der Sowjets“.
- Versuche, eine objektive Aufarbeitung der DDR-Geschichte zu verwässern, indem man die gesamte deutsche Geschichte seit 1933 einbezieht, die gesamten internationalen Beziehungen seit 1933 mit gleichartiger Schuldzuweisung an beide deutsche Staaten (Bundesrepublik und DDR). Dies zeigte sich besonders kraß im ausführlichen Interview mit Wolfgang Harich im „Neuen Deutschland“ (16.-17. Januar 1993). Aber das Groteskeste, was ich je im „Neuen Deutschland“ gelesen habe, war ein Beitrag vom 18. Januar 1993. Ich bin Abonnent, lese diese Zeitung sehr aufmerksam und bin fair gegenüber dem „Neuen Deutschland“. Ich leugne nicht, daß das „Neue Deutschland“ auch einige interessante Aufarbeitungen der DDR-Geschichte veröffentlicht hat.

Was jedoch am 18. Januar 1993 im „Neuen Deutschland“ erschien, nämlich das programmatische Dokument der von Wolfgang Harich geleiteten „Alternativen Enquete-Kommission Deutsche Zeitgeschichte“, stellt alles bisher Gewesene in den Schatten. Da werden acht Fragen formuliert, die im Mittelpunkt der historischen Forschung über deutsche Zeitgeschichte stehen sollen. Alles wird erwähnt – nur die DDR und SED nicht. Keine einzige Frage zur Entwicklung des DDR-Systems! Alles wird verwässert, um von den Realitäten der DDR abzulenken. Da ich für Wahrheit und auch wahrheitsgetreue Bezeichnungen bin, schlage ich vor, daß die „Alternative Enquete-Kommission Deutsche Zeitgeschichte“ sich umbenennt in „Propaganda-Kommission zur Verhinderung der Aufarbeitung der DDR-Geschichte“.

Schlußfolgerungen

Der Marxismus-Leninismus ist mitsamt seinen Schulungseinrichtungen, Lehrbüchern, Konzeptionen und Thesen zusammengebrochen. Dies aber bedeutet noch keinen endgültigen Sieg demokratischer rechtsstaatlicher Prinzipien. Das Problem existiert weiter und stellt sich dar durch Versuche, die DDR-Vergangenheit zu beschönigen und einer Analyse der Geschichte und des Studiums des Systems der DDR auszuweichen. Dies bedeutet, daß die geistig-politische Auseinandersetzung weitergeht – gewiß nicht in der früheren Form einer Frontalkritik am Marxismus-Leninismus. Das ist längst passé. Wir haben vielmehr die Aufgabe, deutlich Stellung zu beziehen gegenüber allen Versuchen, die SED-Diktatur zu beschönigen, ihren Unterdrückungscharakter zu verharmlosen, den diktatorischen Charakter durch die angebliche internationale Situation zu rechtfertigen und uns vor allem gegen die Dolchstoßlegende zu wenden, wonach an allem Gorbatschow schuld gewesen sei. Wir stehen vor neuen Aufgaben. Demokratische Historiker, Politikwissenschaftler

und Publizisten haben neue Schwerpunkte mit neuen Zielsetzungen in der politisch-ideologischen Auseinandersetzung – vor allem die Analyse und Aufklärung über die Geschichte und das System der DDR.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Mein Kompliment denjenigen, die dafür gesorgt haben, daß diese beiden Referenten heute hier vorgetragen haben. Mir hat es ausgesprochen Spaß gemacht, dem letzteren zuzuhören. Ich glaube, wir können gleich übergehen zum Referat von Professor Wilhelm Ernst.

Prof. Dr. Wilhelm Ernst: Also, Spaß bei Seite, Ernst komm her. Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Zerstörung personaler und sozialer Werte im Sozialismus,

so heißt mein Thema. Ich würde gerne anfangen mit folgendem Gliederungspunkt:

1. Von der Schwierigkeit, die Vergangenheit zu bewältigen.

Es geht ja hier um die Frage der Vergangenheit, ihre Bewältigung und Aufarbeitung.

Wer vierzig Jahre lang oder mehr in dem System gelebt hat, das sich als Sozialismus bezeichnete und sich mit Stolz erster sozialistischer Staat auf deutschem Boden nannte, der war, und damit möchte ich einleiten, von diesem System auf mehrfache Weise betroffen und der ist es bis heute. Er ist objektiv davon betroffen durch die Tatsache, daß er in diesem System leben mußte und, ob er wollte oder nicht, daß er nicht aus ihm heraus konnte und er auch damit rechnen mußte, daß er in diesem System sterben würde. Ich habe dreißig Jahre lang Staatslehre gelesen am Philosophisch-Theologischen Studium in Erfurt, dreißig Jahre lang Staatslehre, das muß man sich in dem System einmal vorstellen, denn wir waren ja vom Staat völlig unabhängig. Anfang der achtziger Jahre kamen die Studenten zu mir und sagten: Herr Professor, warum lesen Sie das eigentlich noch? Wir werden es in unserem Leben überhaupt nicht mehr erleben, daß irgendeine Änderung kommt.

Hier sehen wir zunächst die objektive und existentielle Betroffenheit. Als nächstes stellen wir fest, daß jeder auch personal und in seinem ganzen Lebensentwurf von diesem System betroffen gewesen ist. Ich sehe hier viele von denen, die mit uns alles durcherlebt haben. Wir sind alle davon betroffen gewesen. Das heißt, jeder mußte auf irgendeine Weise zu diesem System Stellung nehmen. Er konnte sich mit dem System, mit dessen Ideologie, mit der erlebten Wirklichkeit, identifizieren, und Wolfgang Leonhard hat zu Recht gesagt, daß es eine ganz große Gruppe gab, die das tatsächlich getan hat, und das sogar alles mit Überzeugung. Man konnte aber auch sein Leben in diesem System als unausweichliches Schicksal verstehen und versuchen, sich in diesem System so einzurichten, daß man an der Schwelle von Beruf und Erfolg Kompromisse machte. Man mußte schließlich zum Teil sein Gewissen dabei aufgeben, auch das haben viele getan. Schließlich blieb als dritte Möglichkeit

noch, sich von diesem System zu distanzieren. Von denjenigen, die das getan haben, sind heute hier eine ganze Menge anwesend.

Ich bin in Erfurt aufgrund der Berufung von zwei Ministerien Mitglied, auch Vorsitzender, der Evaluierungskommission an der Medizinischen Hochschule und durch Berufung des Innenministeriums auch Mitglied des Polizeiüberprüfungsausschusses, der für die ganze Thüringer Landespolizei zuständig ist. Wir haben dort eine ganz große Zahl von Anhörungen gehabt, von Professoren, von hohen Polizeibeamten, bis herunter zu den kleinen Angestellten. Ich habe bis heute niemanden gehört, von dem ich sagen könnte, er habe ein Geständnis von Schuld abgelegt, nicht einen einzigen. Jede dieser persönlichen Stellungnahmen hatte ja Konsequenzen. Man wurde bewußt Mitarbeiter, dadurch auch Mittäter, man wurde Mitläufer und dadurch ebenfalls, mehr oder weniger, auch Mittäter, oder man wurde entschiedener Gegner und dadurch mehr oder weniger erklärter Feind des Sozialismus. Es versteht sich von selbst, daß es für diese Entscheidungen sehr unterschiedliche Motive gab, die vielfach bedingt waren durch Weltanschauung, durch soziale, durch politische Herkunft, durch gesellschaftliche Entwicklung. Diese sehr differenzierte Sachlage macht heute die Aufarbeitung und die Bewältigung der Vergangenheit, noch mehr die Gestaltung der Zukunft, so außerordentlich schwer, sowohl in den neuen Bundesländern wie auch zunehmend in den alten, zumal zwischen beiden Gesellschaften momentan die Verständigungsschwierigkeiten eher anwachsen als abnehmen.

Erstens. Bewältigung der Vergangenheit und Erneuerung auf die Zukunft hin haben immer etwas zu tun mit der Beseitigung von objektiven Übeln in der Wirtschaft, in der Ökologie, in der Industrie, der Gesellschaft, der Infrastruktur.

Zweitens. Bewältigung der Vergangenheit und Erneuerung auf Zukunft hin haben immer auch zu tun mit der Bewältigung von Schuld. Sie können sicher verstehen, daß ich als Moraltheologe und als Ethiker, als Priester natürlich auch, gerade darauf zu sprechen kommen möchte. Über Schuld kann ein äußerer Richter nicht richten.

De internis non judicat praetor. Diese Bewältigung ist nur durch Umkehr zu erreichen, die wir als Christen *metanoia* nennen.

Drittens. Bewältigung von Vergangenheit und Erneuerung auf Zukunft hin haben schließlich und endlich etwas zu tun mit der Verletzung von Recht und Gerechtigkeit, mit dem Antasten der Menschenwürde und der Menschenrechte.

Mehr und mehr erleben wir gegenwärtig, daß Recht und Rechtsprechung nicht in der Lage sind, Gerechtigkeit zu schaffen. Das haben die Menschen in den neuen Bundesländern, glaube ich, gegenwärtig am schmerzlichsten erfahren. Sie verstehen nicht, welchen Sinn es hat, daß Repräsentanten des Unrechts zwar nicht freigesprochen, aber in die Freiheit entlassen werden. Nicht selten

stehen sie fassungslos im Rechtsstaat denen gegenüber, von denen sie noch vor einigen Jahren unterdrückt worden sind und die jetzt schon wieder ihre Vorgesetzten sind, freilich weniger im öffentlichen Dienst als in der Wirtschaft, aber vielfach auch im Bereich von Wissenschaft und Bildung.

Wir haben uns in unserem Lande bisher viel Zeit genommen für die Bewältigung der ökonomischen und der ökologischen Schäden, die der Sozialismus hinterlassen hat; ich glaube, das war auch nötig, wir hatten fast gar keine Zeit etwas anderes zu tun. Aber in den tieferen Fragen der geistigen und der ethischen Dimensionen, in denen doch gerade die tiefsten Verwüstungen und Verwundungen geschehen sind, haben die Prozesse des Nachdenkens und der Bewältigung, glaube ich, gerade erst angefangen. Das trifft besonders auch für die Kirchen zu. Geht das Fressen, wie schon so oft, wieder vor die Moral?

Damit stehe ich nun mitten in dem Thema, mit dem ich mich hier befassen soll, was aber die beiden Herren, die vor mir gesprochen haben, von ihrer Seite schon sehr deutlich getan haben, nämlich mit der Frage nach der Zerstörung personaler und sozialer Werte im Sozialismus. Voraussetzung für das Nachdenken über diese Frage ist, das ist meine Grundthese, eine grundlegende Einsicht der Menschheitsgeschichte, eine Einsicht, aus der eine allgemeinmenschliche Überzeugung erwachsen ist, nämlich, daß ohne eine personal begründete Anthropologie und ohne eine dementsprechende Gesellschaftstheorie kein überzeugend begründeter Konsens über personale und soziale Grundwerte und Grundrechte zu erreichen ist. Ohne sie, das ist die Folge dieser These, kann es eine human gelingende Gestaltung des Lebens nicht geben: weder im Bereich des individuellen Lebens noch des Gemeinschaftslebens, auch nicht in den kleinen, mittleren und großen Institutionen, denn diese sollen ja zugleich entlastend und befreiend sein. Jegliche Mißachtung dieser Dimensionen führt zu schweren Rückschlägen und Verfehlungen im Humanum. Der gescheiterte marxistisch begründete Sozialismus ist dafür das schlagendste Beispiel. Er konnte nicht gelingen, dies ist eine weitere These, weil er in theoretischer Hinsicht ein Irrtum war und in der praktischen Realisierung notwendig zu verheerenden Konsequenzen führen mußte.

2. Marxismus im Sozialismus: Die Frage nach der Menschenwürde und den Menschenrechten

Wie steht es eigentlich im Marxismus mit der Menschenwürde und den Menschenrechten?

Es gibt, das ist heute schon mehrfach erwähnt worden, viele, die meinen, es sei müßig, sich heute noch mit dieser Frage zu befassen, denn der Marxismus sei

längst auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet und habe nichts anderes als einen Trümmerhaufen hinterlassen.⁷⁴

Es ist richtig, daß der Marxismus als Einseitigkeitslehre, als Ideologie über Mensch und Gesellschaft, entlarvt ist. Trifft das auch für seine Wirkungsgeschichte im Sozialismus zu? Ich erinnere an all das, was Wolfgang Leonhard hier gesagt hat. Es gibt heute immer noch oder schon wieder Versuche, den Marxismus dadurch zu retten, daß man erklärt, der real vergangene Sozialismus sei nur eine leninistisch-stalinistische Fehlentwicklung der an sich richtigen Lehre von Marx gewesen. Meiner Meinung nach sind solche Versuche fehlgeschlagen und schlagen fehl. Sie können nicht darüber hinwegtäuschen, daß Marx' Lehre vom Menschen bereits alle jene Möglichkeiten der Verletzung menschlicher Würde in sich enthält, die von den Herrschenden, als sie die Macht errungen hatten, auch vorgenommen wurden. Selbst heutige Marxisten, die Marx noch verteidigen, geben zu, daß Marx den „Einfluß des geistigen Lebensprozesses auf die Menschheitsentwicklung . . . marginalisiert“ und dadurch die Bedeutung der Menschenrechte unterschätzt habe.⁷⁵ Das sind sehr wohlwollende Interpretationen. Gegenüber diesen ist eindeutig festzuhalten, daß Marx die Menschenrechte keineswegs nur marginalisiert oder sie möglicherweise vergessen hat. Richtig ist vielmehr, daß sie sich aus seiner Theorie gar nicht ergeben. Es ist Marx in seiner Motivation immer um den Menschen gegangen. Seine Motive waren durchaus ehrenwert. Aber sein tragischer und folgenreicher Irrtum bestand darin, daß mit seinem Denkansatz die Idee der Menschenwürde und die Existenz von Menschenrechten, die jeder konkreten Gesellschaft vorgegeben und aufgegeben sind, nicht vereinbar ist. Das ist die Grundthese. Wenn, wie Marx behauptet, das menschliche Wesen in seiner Wirklichkeit nichts anderes ist als „das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“, dann ist es überflüssig, von menschlicher Person und menschlicher Würde zu sprechen, dann ist es aber auch überflüssig, vom Menschen als „Zweck an sich selbst“ (Kant) zu sprechen, denn dieses Verständnis von Person und von Menschsein gibt es bei Marx nicht. Wenn aber, wie Marx irrtümlicherweise behauptet, der Mensch nur das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse ist, dann konnten sich diejenigen, die seine Lehre in Anspruch nahmen als sie die Macht hatten, natürlich auch auf Marx berufen, und das haben sie fleißig getan. Das heißt also: die Theorie von Marx erlaubte es, den Menschen zu instrumentalisieren. Statt ihn, das ist die Grundaussage, als Subjekt anzuerkennen und zu respektieren, als Vorgegebenes, läßt sie ihn zum Objekt werden. Damit ist sie von ihrem ganzen Ansatz her im Grunde eine menschenfeindliche Theorie.

74 So P. Ehlen: Was ist von der Marxschen Lehre geblieben? Stimmen der Zeit 208 (1990) 816–826.

75 So H. Klenner: Was bleibt von der Marxistischen Rechtsphilosophie? In: W. Maihofer/G. Sprenger (Hrsg.): Praktische Vernunft und Theorien der Gerechtigkeit. XV. Weltkongreß der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie. Göttingen 18.–24. August 1991 (ARSP Beiheft Nr. 50), Göttingen 1992, 11–19, hier 12.

3. Umwertung und Zerstörung der Werte

Mit der Instrumentalisierung der Person – den Begriff Person gibt es im gesamten Philosophischen Wörterbuch der DDR übrigens nicht, sondern nur noch den Begriff der „sozialistischen Persönlichkeit“ – verbindet sich eine Instrumentalisierung und Umwertung auch der Werte. Wie nämlich die sozialistische Persönlichkeit sich erst auf der Grundlage und in Abhängigkeit von den gesellschaftlichen Verhältnissen entwickelt, so auch die sozialistische Moral, sie wird dann Überbau. Ich zitiere aus dem Philosophischen Wörterbuch von Klaus und Buhr: „Sozialistische Moral – das ist die Gesamtheit der sittlichen Werte und Normen (wollen Sie bitte die Häufigkeit des Wortes „sozialistisch“ beachten), die aus dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse, aus den Erfordernissen und Bedürfnissen des sozialistischen Aufbaus, insbesondere der sozialistischen Arbeit und des neuen sozialistischen Gemeinschaftslebens erwachsen sind und erwachsen und die auf die Festigung und ständige Höherentwicklung der sozialistischen Gesellschaft . . . gerichtet sind.“⁷⁶ Sittliche Grundsätze, die das Menschenbild des Sozialismus ausmachen, sind die bereits im Programm der SED von 1963 in bewußtem Gegensatz zur jüdisch-christlichen Überlieferung formulierten „Zehn Gebote der sozialistischen Moral.“ Im Vorfeld der Aufstellung dieser Prinzipien hatte Walter Ulbricht in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre erklärt, ich erinnere mich noch genau daran, wie er das gesagt hat, in der DDR sei das Wort von Goethe Wirklichkeit geworden: „Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein!“ War er wirklich davon überzeugt oder verschloß er nur die Augen vor der in dieser Zeit ständig steigenden Massenflucht, die bekundete, daß man eben in diesem Land doch wohl nicht so Mensch sein wollte oder konnte, wie man sich als Mensch verstand?

Von wesentlicher Bedeutung für das Verständnis der Indoktrination der sozialistischen Ideologie und ihrer Wertvorstellungen ist eine Reihe von Ereignissen, die alle von dem Ziel geleitet waren, eine materialistisch begründete einheitliche sozialistische Gesellschaft zu schaffen. Davon ist heute fast noch gar nicht gesprochen worden. Von diesem Ziel ist die Partei, obwohl es auch Krisen und Rückschläge gab, die wir alle miterlebt haben, niemals abgewichen. Zu nennen sind etwa: die Umgestaltung der Eigentumsordnung, die atheistische und antichristliche Propaganda, die Einrichtung der Jugendweihe, die Beschränkung der Elternrechte, das Herausdrängen des Religionsunterrichts aus den Schulen, die Errichtung des einheitlichen Erziehungs- und Bildungssystems, die Einschleusung der Stasi in die kirchliche Jugend und die wachsenden Repressionen gegen die ganze Bevölkerung bis zum Mauerbau. Von 1961 verschärfte sich die Gängelung und Bevormundung durch die Kulturpolitik (das „berühmte“ 11. Plenum von 1965); 1967 wurde, wozu hier schon etwas gesagt wurde, der Marxismus zur wissenschaftlichen Weltanschauung

⁷⁶ Philosophisches Wörterbuch (hrsg. von G. Klaus/M. Buhr) Bd. 2, Leipzig, 8. Aufl. 1971, 748.

erklärt, im gleichen Jahr erfolgte – gleichsam als Menetekel der atheistischen Weltanschauung – die Sprengung der Leipziger Universitätskirche; 1968 gab es eine neue Verfassung, die weit hinter die von 1949 zurückfiel, wie ja auch Leonhard schon bemerkt hat; 1974 wurde durch Verfassungsänderung festgeschrieben, daß die DDR jetzt nicht mehr nur eine „sozialistische“, sondern eine „entwickelte sozialistische Gesellschaft“ sei.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Entschuldigen Sie bitte, Herr Professor, meine Unhöflichkeit, aber mir bleibt nichts anderes übrig als die anwesenden Abgeordneten darauf hinzuweisen, daß die namentlichen Abstimmungen gerade eben eingeläutet worden sind. Ich unterbreche also diese Anhörung hier, warten Sie bitte ein paar Minuten. (Kurze Pause)

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Nun haben wir die Sitzung unterbrochen und, Herr Professor Ernst, ich hoffe, daß das dem Fortgang auch der Aufmerksamkeit nicht schadet. Sie erhalten das Wort.

Prof. Dr. Wilhelm Ernst: Schönen Dank. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hoffe, daß Sie eine gute Abstimmung hatten im Bundestag zum Wohl des Volkes, zum Gemeinwohl. Ich darf mir erlauben, einfach da fortzufahren, wo ich vor der Pause aufgehört habe.

Zunächst zu den äußeren Ereignissen, die zu unserem Thema wichtig sind.

Ich hatte zuletzt die Verfassung genannt. 1974 wurde durch Verfassungsänderung festgeschrieben, daß die DDR jetzt nicht mehr nur eine „sozialistische“, sondern eine „entwickelte sozialistische Gesellschaft“ sei. Zuvor war 1971 das Jugendgesetz erlassen worden, das zur Wehrerziehung verpflichtete; ihm folgte 1980 das Gesetz über den Wehrunterricht an den Schulen als Pflichtfach und etwas später, auf Initiative der SED, die Gründung der Freidenkerbewegung, die versuchte, sich sehr breit zu machen und den Menschen, die weltanschaulich nicht gebunden waren oder sich nicht binden wollten, eine Hilfe zu geben. Auf dem scheinbaren Gipfel der Macht, hier komme ich auf ein Gesetz zurück, das Herr Leonhard vorhin sehr deutlich herausgestellt hat, als die DDR schon innerlich zerrüttet war und die Wirtschaft völlig am Boden lag, verkündete Erich Honecker als ersten Satz der Parteitaglosungen: „Das Werden und Wachsen der DDR entspricht dem Gesetz der Weltgeschichte!“ Ich habe mir diese Losung damals ausgeschnitten und ein Jahr lang ans Bücherbord gehängt. Doch die Weltgeschichte verlief anders – oder waren es vielleicht doch die Menschen – sie erlaubten sich, die Weltgeschichte zu ändern oder nicht das als Gesetz anzusehen, was Honecker meinte. Sie ließen die DDR, da bin ich mit Leonhard einer Meinung, sang- und klanglos aus der Weltgeschichte verschwinden, sang- und klanglos.

Ich möchte nach der Darstellung dieser äußeren Ereignisse auch noch die inneren Zusammenhänge betrachten. Wenn auch das Gesetz der Weltgeschichte anders entschieden hat, so lassen doch die Entwicklungen innerhalb der früheren DDR-Zeit deutlich werden, in welchem Maße – und das wird,

meiner Meinung nach, häufig nicht genügend gesehen – die Ideologisierung der Gesellschaft vorangetrieben und auf Werte verpflichtet werden sollte, die zu einer Zerstörung des Humanum führten.

Nicht die eigentlich humanen Werte wurden verkündet, nicht der Wert der personalen Freiheit, nicht der Wert der sittlichen Selbstbestimmung, nicht der Wert der freien Meinungsäußerung, nicht der Wert der Verantwortung vor dem eigenen Gewissen. Das Wort „Gewissen“ ist ein sehr spätes Wort in der ganzen Geschichte. Verkündet wurden auch nicht die sozialen Werte der uneingeschränkten Solidarität – das Wort „Solidarität“ ist im Philosophischen Wörterbuch nur unter dem Begriff „solidarischer Internationalismus“ zu finden – d. h. „Solidarität“ lehrte den Haß gegenüber allen, die nicht sozialistisch denken. Verkündet wurden nicht die Werte der Mitbestimmung, der freien Vereinigung von Gruppen, von Verbänden, von unabhängigen Gewerkschaften, sondern die Forderung nach unbedingter Ergebenheit gegenüber dem sozialistischen Staat. Dieser aber war nur Werkzeug einer einzigen Partei, die – das ist entscheidend – den Alleinanspruch auf die Wahrheit und auf den ganzen Menschen erhob. Die Betonung „auf den **ganzen** Menschen“ ist hier sehr wichtig, denn „Die Partei, die Partei hat immer recht!“ Sie wußte, was für den Menschen gut und richtig ist; sie setzte ihre Ziele auch durch mit den Mitteln der Überwachung, des Aushorchens, des Vertrauensbruchs, der Lüge und wenn nötig, auch mit den Mitteln des parteilich konzipierten Rechts. Denn auch das Recht war nicht ein unabhängiges Recht, sondern positivistisch parteilich aufgebaut.

Diese Instrumentalisierung aller Werte zu bloßen Dienstwerten und der Mißbrauch der Macht und des Rechts hat in der Bevölkerung schon früh den Verdacht aufkommen lassen, daß es den Mächtigen und ihrer Partei nicht um das Humanum in dem beschriebenen Sinne ging, sondern um die Durchsetzung von ideologisch besetzten Interessen. Sie spürte, daß ihre Meinung, ihre Überzeugung, ihre Eigenverantwortung ideologisch umgebogen werden sollte zu blindem Vertrauen in die von der Partei vorgegebenen Ziele. Selbständiges Denken, kritisches Hinterfragen oder gar Widerstand konnten den Zugang zur Oberschule, zur Hochschule unterbinden; Wahrhaftigkeit konnte existenzgefährdend sein; Treu und Glauben konnten zum eigenen Schaden gereichen.

4. Auswirkungen und Ausblick auf die Zukunft

Wer als Zeitzeuge in einer anderen Lage war als die Menschen, auf die der totalitäre Staat einen stärkeren Zugriff hatte, und ich zähle mich dazu, ich zähle mich zu den Zeitzeugen, auf die der totalitäre Staat nicht einen solchen Zugriff nahm wie auf andere Menschen, tut sich schwer im Zeugnis über andere, in der Bewertung ihres Verhaltens oder gar in der Verurteilung von Personen. Deswegen bin ich vielleicht wenig geeignet, die genaue Wirklichkeit wiederzugeben. Die Wirklichkeit können nur diejenigen wiedergeben, die dort

geboren sind und nie eine Chance hatten, in ihrem Leben jemals aus diesem System herauszudürfen; bis auf die letzten Jahre, wo dann die Rentner reisen durften.

Ich bin gebürtiger Westfale und bin 1953, nach dem 17. Juni, freiwillig in die DDR übergesiedelt und hatte dann, ab 1962 bis heute, einen Lehrstuhl für Moralthologie und Ethik incl. Gesellschaftsethik inne. Daher hatte ich die einzigartige Möglichkeit, christliche Staatslehre zu vertreten. Auf mich nahm die DDR also nicht einen solchen Zugriff wie auf andere, die sie völlig in der Hand hatte und die nicht heraus konnten. Deswegen tue ich mich auch schwer, das Verhalten anderer zu bewerten oder sie zu beurteilen. Was man aber wohl mit einiger Sicherheit sagen kann, ist, daß die ganze Wirklichkeit des Lebens in der früheren DDR etwas von Schizophrenie an sich hatte. Dem weitaus größten Teil der Menschen war bewußt, daß mit dem ganzen System etwas nicht stimmte, aber viele sahen keinen anderen Ausweg und paßten sich einfach an. Sie wußten, was von ihnen verlangt wurde. Es wurde zur Selbstverständlichkeit, daß man zweigleisig lebte. Herr Leonhard hat das herausgestellt. Man denke nur einmal an diese ungeheure Verlogenheit allein in der Weitergabe von Planziffern. Alle Pläne waren zu 105 bis 110 % übererfüllt und jeder wußte, daß er log. Ich denke an die Doppelmoral im öffentlichen Leben und in der Familie. Die Lehrer fragten die Kinder in der Schule „Hast du gestern Abend ferngesehen?“ und ließen die Fernseh-Uhr auf die Tafel malen, und wenn es die Uhr des ZDF oder der ARD war, dann wußte man, dort wurde Westfernsehen geguckt. Ich denke an die Doppelmoral in der Öffentlichkeit und in der Familie, an das Nachbeten von Phrasen in der Schule oder in Seminaren an der Universität, ich denke auch an die Weitergabe von formelhaften Phrasen im Genitiv, der russischen Sprache entsprechend, durch Lehrer und Professoren, ich denke an die Untertänigkeit, die hilflose, die machtlose, gegenüber Behörden und Staatsapparat.

Kann die geistige und ethische Bewältigung der Vergangenheit, und um die geht es mir vornehmlich, uns die Bilder vergessen lassen, die zeigen, daß die Herrschenden bei Vorbeimärschen nicht nur von Stasi und Partei, sondern millionenfach bejubelt worden sind? Was macht einer heute mit den Bildern, die ihm zeigen, wie er in Uniform, mit Fahne, Transparent, mit Orden und Ehrenzeichen geschmückt, mit einem makaber fähnenschwenkenden Kind auf den Schultern, den Mächtigen zujubelt, und was macht er mit den Bildern, die ihn später, in Leipzig, in Berlin oder sonstwo das Gegenteil bejubelnd zeigen? Ist das schon aufgearbeitet oder wird das einfach verdrängt? Ein Problem, das Wolfgang Thierse immer wieder herausstellt.

Zu der Wirklichkeit des Lebens in der früheren DDR gehört auch das Jonglieren zwischen dialektischem und praktischem Materialismus: das öffentliche Bekenntnis zum dialektischen Materialismus von Montag bis Freitag, wo man sagte, was gefordert wurde, und die Flucht aus dem

Sozialismus in einen ganz brutalen privatistischen praktischen Materialismus am Wochenende, dazu noch unter Mitnahme all dessen, was man die Woche durch „organisiert“ hatte.

Schließlich gehört in diesen Rahmen auch das Nachdenken darüber, wie es möglich war, daß ein so rasanter Schwund an sittlicher und religiöser Substanz geschehen konnte. Ist es eine Auswirkung der permanenten ideologischen Indoktrination? Ich denke an den Traum von Raskolnikow, der träumt, daß im nächsten Jahrhundert, in der Mitte des nächsten Jahrhunderts, eine Seuche vom Osten ausgehen wird, die sich wie Trichinen in den Gehirnen der Menschen festsetzt und sich immer weiter ausbreitet, so daß schließlich niemand mehr weiß, was gut und böse, was wahr und falsch ist. Im Traum von Raskolnikow sagt dieser: „Am Ende sind es nur noch die, die reinen Herzens sind, von denen die Rettung ausgeht“. Ähnlich kann man sich die Folgen dieser ständigen Indoktrination vorstellen, auch als eine Folge des Transzendenzverlustes. Dieses Phänomen ist in der europäischen Geschichte einzigartig. Von den 90 % Christen im Jahre 1946 in der Bevölkerung sind 1989 noch 20 bis 25 % übriggeblieben. Hat hier die Umwertung der Werte im Sozialismus und die Leugnung der Transzendenz doch ihre großen Erfolge oder ist der Transzendenzverlust und der Werteverlust einfach ein Phänomen unserer Zeit? Wenn dem so wäre, wäre es höchst dringend, daß man sich damit auch in der geistigen und politischen Kultur befaßte.

Wohl mit Recht hat kürzlich ein evangelischer Superintendent im MDR gesagt: „Wir haben die Schlacht um die Jugendweihe verloren“. Und er fügte hinzu: „Am Ende standen wir als Kirche kurz vor dem Aus“. Als in den siebziger und achtziger Jahren der Glaube, besonders auf den Dörfern, immer mehr ausblutete, rief der Bischof von Erfurt seinen katholischen Christen zu, die dort noch ganz vereinzelt in den Dörfern lebten, sie sollten doch in die Städte ziehen, denn die größere Gemeinschaft mit anderen Christen könne ihnen mehr Halt geben. Zu dieser Zeit lebten die Christen nicht nur in einer sozialistischen Gesellschaft, sondern – und das ist wohl jetzt noch entscheidender – weithin in einer auch säkularisierten Gesellschaft. Das ist auch nach der Wende in hohem Maße so geblieben.

Als ich 1989 kurz vor Weihnachten zum erstenmal wieder nach Westberlin konnte, um dort mit einer Kommission der Deutschen Bischofskonferenz zusammenzutreffen, sie bestand aus Bischöfen, Theologen und Wirtschaftlern, hatten damals schon die Wirtschaftler die neuen Konzepte für die Zukunft in der Hand und wollten uns alles vortragen und uns sagen, wie es jetzt in der DDR weitergehen wird. Ich habe damals über die Zustände in der DDR berichtet. Am Schluß fragten die Wirtschaftler, alles berühmte Professoren, „Ja Herr Professor, was kostet das denn?“ Meine Antwort war: „Ja, in den nächsten drei Jahren vielleicht so um die 600 Milliarden Mark.“ Diese Summe haben wir inzwischen lange überholt. Die Professoren haben damals ihre Pläne

wieder in die Tasche gesteckt. Ein Bischof fragte mich, wenn das alles so zerbrochen sei, dann müßte doch jetzt ein ungeheurer Zulauf zu den Kirchen zu verzeichnen sein. Das Gegenteil ist der Fall. Ich denke, eine tiefgreifende Erneuerung ist nach menschlichem Ermessen nicht zu erwarten, wenn nicht vorrangig zu den notwendigen Aufgaben des Wirtschaftlichen, Ökologischen usw. eine Erneuerung des Denkens und der sittlichen Einsicht einsetzt, in welcher an die Stelle des Habens das Sein tritt – ich wiederhole hier Wörter, die wir alle aus der Literatur kennen – an die Stelle des Strebens bloß nach materiellen Gütern die Suche nach sittlichen Werten tritt, die das Menschsein erst zu einem human gelingenden Menschsein werden lassen.

Die Gesellschaft, in der wir jetzt leben, ist ein freiheitlich und demokratisch verfaßtes Gemeinwesen, eine pluralistische Gesellschaft. Dieser Pluralismus wird in Zukunft auch unser Schicksal sein. Aber auch hier muß jeder nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden, welchen Werten er in seinem Leben den Vorrang geben will. Über die Bewältigung der Vergangenheit hinaus geht es in der einen, aber noch nicht einigen, Gesellschaft um das gemeinsame Suchen nach dem, was uns verbindlich verbindet. Es geht nicht um Beliebigkeit, sondern um ein Leben in verantworteter Freiheit. Das ist ein schwieriger Prozeß. Es ist eine große Herausforderung, aber auch eine große Chance. Wir haben eine solche Herausforderung in unserer Geschichte noch nicht gehabt. Wir haben aber auch eine solche Chance noch nicht gehabt. Und es wäre schlimm, wenn wir sie vertun würden. Ich habe keine Patentrezepte, wie niemand anders auch. Es wäre auch schlimm, wenn man das hätte. Sicher ist nur, daß die Werte, die uns das Leben lebenswert machen lassen, in einem kommunikativen Prozeß gefunden werden müssen, in welchem überzeugend begründete Handlungsmaximen und Orientierungen erstellt werden müssen, die in gelebter Verantwortung zu größerer Freiheit führen. Bei all dem muß eines unverrückbar Geltung haben: Ursprung, Träger und Ziel aller Bemühungen, aller Institutionen, ist und muß immer der Mensch sein. Von höchster Wichtigkeit ist, daß dies alles – und hier sind Defizite – den jungen Menschen vorgelebt und vermittelt wird, so daß sie es auch annehmen und leben können und nicht als etwas Verfremdendes erfahren. Dies gehört zu unserer ethischen und politischen Kultur. Und darum bin ich froh, daß ich zum ersten Mal vor einem solchen Gremium auch von Politikern sprechen darf. Wenn uns das, meine Damen und Herren, nur ein wenig besser gelingt als bisher, als in der Vergangenheit und auch in der Gegenwart, dann dürfen wir sicher darauf vertrauen, daß wir eine gute gemeinsame Zukunft haben.

Ich bin davon überzeugt, daß es vielen Christen in unserem Lande ähnlich geht wie mir, nämlich so: Wir haben immer aus der Überzeugung gelebt, daß das System des marxistischen Sozialismus nicht überdauern würde, aber wir haben nicht damit gerechnet, daß dies, das geben wir zu, so schnell und so ohne jede Würde zusammenbrach. Wie seit der Wende jeden Tag, so bete

ich auch heute noch an jedem Morgen, den Gott mir schenkt: lieber Gott, ich danke Dir, daß ich das noch erleben durfte. Ich danke Ihnen.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Herr Professor Ernst, wir danken Ihnen für diesen Vortrag, mit dem Sie die Sicht eines Menschen geschildert haben, der aus Biographie und sicherlich auch geistiger Verankerung so etwas wie einen archimedischen Punkt in dieser Gesellschaft und gleichwohl außerhalb ihrer gefunden hat. Meine Damen und Herren, wir haben nicht lange Zeit für die Diskussion, denn, bitte verstehen Sie, ich werde sehr auf die Zeit achten, die wir ja in so reichem Maße schon eingebüßt haben, für das Wohl des Volkes. Ich bitte um Wortmeldungen für die Diskussion. Als erster hat sich Herr Faulenbach gemeldet.

Sv. Dr. Bernd Faulenbach: Es stehen alle Referate zur Diskussion. Zunächst zu dem Referat von Herrn Löw. Ich weiß nicht, ob wir tatsächlich weiterkommen, wenn wir Marx so interpretieren, wie Sie das tun. Mich hat Ihre Darstellung erinnert an die Art, wie die SED Marx interpretiert hat. Sie haben bestimmte Zitate zusammengetragen und die jeweiligen historischen Kontexte dabei außer acht gelassen. Ich plädiere dafür, Marx zu historisieren, d. h. ihn im jeweiligen Kontext zu sehen. Es gehört einfach dazu, bei einem Zitat zu sagen, aus welcher Auseinandersetzung etwa ein bestimmtes Votum, eine bestimmte Formulierung stammt. Dieses Vorgehen nur über Dogmen führt jedenfalls bei der historischen Würdigung der Figur von Marx in die Irre. Die historische Würdigung von Marx muß die jeweiligen Diskussionskontexte und die jeweiligen Zeithorizonte vollständig einbeziehen. Natürlich haben Sie dies auch aufgrund der Kürze der Zeit nur bedingt tun können.

Ich will es mal so sagen, es spricht manches dafür zu sagen, daß Marx eben kein Marxist war. Man kann ihn nicht nur von der Warte, was nachher kommt, sehen, sondern man hat ihn auch in die historischen Zusammenhänge zu stellen.

Zweite Bemerkung: Natürlich ist es von Relevanz, wie Marx interpretiert, wie er rezipiert worden ist. Insofern macht es Sinn, die Marxrezeption und den Marxismus aufzuarbeiten, nur führen dann die Linien nicht nur zu Lenin, sondern z. B. auch zu Kautsky. Kautsky hat nie von der Diktatur des Proletariats gesprochen – das spielt im kautskyanischen Marxismus keine Rolle, abgesehen davon, daß Kautsky zu den ausgesprochen pointierten Kritikern der sowjetischen Entwicklung gehört. M.a.W. wir können doch bei einer nüchternen historischen Betrachtung den Marxismus nicht auf diese eine Linie zu Lenin hin verengen. Neben Kautsky wären dann auch Bernstein und andere zu nennen. Das paßt alles nicht in dieses etwas enge Bild. Ich möchte also davor warnen, Marx so eng vom DDR-Marxismus-Leninismus her zu interpretieren, wie das hier gemacht worden ist.

Dritte Bemerkung: Im Hinblick auf die Rolle des Marxismus-Leninismus in der DDR, die im Zentrum des Referats von Wolfgang Leonhard stand, würde